

13. Regime und Opposition: Konflikt, Kompromiss, Reform?

Ausgehend von der Darstellung der Akteur*innenkonstellationen innerhalb des säkularen Lagers, soll diese Perspektive nun um die Akteure der Muslimbruderschaft und des SCAF als wesentliche Akteure des Transitionsprozesses erweitert werden (vgl. Kap. III-9.2: Abb. 9). Die Verhältnisse der säkularen Akteure zu den beiden wohl am besten organisierten Protagonisten des Transitionsprozesses sollen anhand der heuristischen Instrumente des Contentious-Politics-Ansatzes und des SKOG-Ansatzes analysiert werden.

Zunächst (13.1) wird das Verhältnis zwischen säkularen Parteiakteur*innen und der Muslimbruderschaft als größte oppositionelle Organisation in Ägypten nach dem Sturz Mubaraks unter Berücksichtigung des Theorems der radikalen Polarisierung bzw. der möglichen Anerkennung und dem Eingehen einer lagerübergreifenden Allianz in Transitionsprozessen untersucht (Kap. I-2.3.1, I-3.1.2). Anhand spezifischer Konfliktfelder (Staatsverständnis, Demokratieverständnis, neue Verfassung etc.), die sich während des Transitionsprozesses gebildet haben, soll das Verhältnis beider Akteur*innengruppen entlang der determinierten Analyse-dimensionen und Subkategorien fallweise nachgezeichnet werden.

Kapitel 13.2 analysiert das wechselhafte Verhältnis zwischen der Muslimbruderschaft und dem Obersten Rat der Streitkräfte (SCAF). Da die Muslimbruderschaft im Untersuchungszeitraum sowohl als oppositionelle Kraft als auch als Regierungspartei in Erscheinung trat und die Bezugnahme zwischen beiden Akteur*innengruppen zwischen Ablehnung und Anerkennung changierte, stehen hier als theoretische Referenz der SKOG-Ansatz und der Contentious-Politics-Ansatz im Mittelpunkt des Interesses (Kap. I-3.1, I-3.2). Aufgrund seines immensen Einflusses auf die Opportunitätsstrukturen der Parteien und sozialen Bewegungen ist für den Fortgang der Analyse die Untersuchung des ambigen Verhältnisses zwischen SCAF und Muslimbruderschaft von übergeordnetem Interesse. Schließlich waren beide Entitäten im Untersuchungszeitraum abwechselnd an der Macht und konnten somit die institutionellen Rahmenbedingungen für alle politischen Akteur*innen verändern. Entsprechend soll das *Verhältnis* zwischen

SCAF und Muslimbruderschaft als die dynamische Systemumwelt der säkularen Akteur*innen strukturierend begriffen werden.

Die Kapitel 13.3-13.5 analysieren unter Berücksichtigung heuristischer Instrumente des Contentious-Politics-Ansatzes schließlich das Verhältnis zwischen säkularen Parteiorganisationen, der Muslimbruderschaft und dem SCAF (vgl. oben Kap. III-9.2: Abb. 9). Diese Aushandlungen vollzogen sich anhand wichtiger Etappen des Transitionsprozesses wie die Verhandlungen um eine neue Verfassung, Verfassungsdekrete, um die institutionelle Ordnung zu umgehen sowie konterrevolutionäre Mobilisierungen gegen Ende des Untersuchungszeitraums und sollen herangezogen werden, um den Verlauf des Transitionsprozesses und dessen vorläufiges Ende im Jahr 2013 in verdichteter Weise zu analysieren.

13.1 Säkulare Parteien und die Muslimbruderschaft: »Immer gegen den Staat, mit den Islamisten manchmal«?

Es wurde bereits auf das schwierige Verhältnis zwischen Muslimbruderschaft und säkularen Parteien hingewiesen. Eine transformationstheoretisch notwendige, lagerübergreifende Allianz, um den Regimewandel durch die Bündelung von Ressourcen und die Steigerung der Konfliktfähigkeit zu Gunsten der Opposition beeinflussen zu können, wurde mit zunehmender Dauer des Transitionsprozesses in ihr Gegenteil verkehrt: Eine Positionierung des säkularen Lagers gegen die Muslimbruderschaft als Organisation (ideologisch, programmatisch) und ab August 2012 zunehmend als Regierungspartei (machtpolitisch) (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 59; Ketchley 2017: Kapitel 4). Klar ist indes, dass diese Ablehnung sich nicht zuletzt am – informellen – Bündnis der Muslimbruderschaft und dem SCAF entzündete (Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 13; Bayat 2017: 162; Teti 2011: 10).

Zu Beginn des politischen Prozesses wurde die Muslimbruderschaft aber von vielen Parteien noch als Teil der Revolution betrachtet, als Organisation, mit der man zwar ideologisch über Kreuz liege, die aber einen legitimen Anteil am Politikwechsel habe (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 59; Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 21; Jadaliyya 2011c). Zugleich versicherte Walid Shalabi, damaliger Sprecher der Muslimbruderschaft, dass die »FGP mit allen politischen Kräften kooperieren werde, nicht nur mit islamischen Akteur*innen – solange dies im besten Interesse des Landes sei« (Jadaliyya 2011c). Das Verhältnis war zu Beginn durchaus von gegenseitiger Anerkennung geprägt.

Die Bewertung der Muslimbruderschaft und ihrer Rolle im Transitionsprozess war häufig abhängig von der eigenen ideologischen und politischen Verortung. Diskursive Konstruktionen, Narrative, Stereotype und Behauptungen über die Muslimbruderschaft erlangen so große Wirkmacht, dass sie handlungsleitend

für die säkularen Parteien werden. Sie werden real in dem Sinne als sie die Wahrnehmung möglicher POS stark beeinflussen. Repertoires des Protests, die Reihenfolge der Implementierung reformerischer Maßnahmen wie eine Neufassung der Verfassung, Präsidentschaftswahlen und Liberalisierungen waren hochumstritten zwischen den beiden politischen Lagern und oft Gegenstand erbitterter Debatten, Vorwürfe und Denunziationen, die oft mehr mit Vorurteilen denn mit der Realität zu tun hatten (El-Sherif 2014b: 12).

Die auf diese Weise hergestellte Sicht der Dinge korrespondierte mit der Herstellung kollektiver Identitäten, die im Sinne einer Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft notwendig waren, um im Ringen mit dem SCAF und der Muslimbruderschaft bestehen zu können: Die Muslimbruderschaft wurde von Säkularen abgewertet, um ein eigenes, positives Selbstbild zu kreieren und von den eigenen Versäumnissen abzulenken (vgl. zu sozialpsychologischen Prozessen der Identitätskonstruktion Tajfel/Turner 1986).¹

Betrachtet man die verschiedenen Akteur*innenkonstellationen, so fällt auf, dass Linke den Gegensatz zwischen sich und der Muslimbruderschaft betonten, aber durchaus in der Lage waren, zu differenzieren. So galt der Sozialistischen Volksallianz etwa die Jugendorganisation der Muslimbruderschaft als legitimer Partner für gemeinsame Aktionen, die sich gegen das Regime richteten (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 44; Javaher-Haghighi et al. 2013: 79). Andererseits wurde die ablehnende Haltung gegenüber der Muslimbruderschaft mit organisationstheoretischen Überlegungen begründet (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 64).

Vorurteile und Konflikte herrschten innerhalb der Partei der Freien Ägypter, die im Herbst 2011 ein Angebot der liberalen Wafd-Partei, in ein Wahlbündnis mit anderen säkularen Parteien unter Einschluss der Muslimbruderschaft einzutreten, mit dem Hinweis auf die drohende Marginalisierung in einem solchen Bündnis ablehnte:

1 Der Verweis auf sozialpsychologische Theorien der Konstituierung sozialer Gruppenidentitäten soll nicht implizieren, dass diese Art der Identitätsbildung als notwendig oder gar *natürlich* betrachtet wird. Vielmehr werden sozialpsychologische Prozesse, wie die kollektive Entwicklung von Deutungsrahmen, als Teil sozialer Konstruktionen gesellschaftlicher Realität betrachtet, die nicht linear verlaufen, sondern sich als umkämpfte Prozesse vollziehen. Die Aufwertung der eigenen politischen Identität und die Abwertung anderer kollektiver Identitäten werden nicht als primäres Ziel solcher Prozesse verstanden, weil es die gesellschaftliche Gewordenheit politischer und sozialer Konfigurationen verneinen würde. Vielmehr ist die exkludierende Abgrenzung in Identitätsbildungsprozessen keine Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung, die in unterschiedlichen politischen Interessen der jeweiligen Gruppe begründet liegt.

»But we refused it. Clearly. Because we thought that the Brotherhood was not going to be tamed. Actually the civil forces is what's going to be tamed in such an alliance.« (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 59)

Die Angst vor einer Vereinnahmung bzw. Überforderung der ideologischen und programmatischen Ressourcen war größer als die Hoffnung auf eine Steigerung der organisationalen Kapazitäten und ließ die Freien Ägypter vor einem Bündnis mit der Muslimbruderschaft zurückschrecken. Ein Szenario, das sich in verschiedenen Kontexten häufig wiederholte.

Interessant ist ferner, dass der ab Ende 2012 stark in die Kritik geratene Mohammed Mursi bei seinem Amtsantritt im Juni 2012 als Alternative zum verhassten und »korrupten« Regime durchaus positiv wahrgenommen wurde (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 77). Vereinzelt führte dies angeblich zu einer Revision der negativen Haltung gegenüber der Muslimbruderschaft² (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 45). Die Legitimität, die Mursi durch die Wahl genoss, erfuhr durch die symbolisch aufgeladene Ableistung des Amtseides auf dem Tahrir-Platz eine Steigerung, und übertrug sich auf die von ihm vertretene Organisation (Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 21).

Dies zeigt, dass die Kompromissfähigkeit des säkularen Lagers gegenüber der Muslimbruderschaft Mitte 2012 in Teilen noch vorhanden war, auch wenn starke Vorbehalte gegenüber angeblichen oder tatsächlichen demokratischen Defiziten der Organisation überwogen und sie vielfach als das lediglich kleinere Übel wahrgenommen wurde. Diesen Kredit verspielte Mursi jedoch wieder durch sein Verhalten als Präsident, weil er gegen die sogenannte Fairmont-Vereinbarung, die kurz vor seinem Amtsantritt zwischen der Muslimbruderschaft und verschiedenen säkularen Parteiakteur*innen sowie unabhängigen, prominenten Aktivist*innen geschlossen wurde, (angeblich) verstieß (vgl. Ikhwanweb 2012b für eine Auflistung der Teilnehmer*innen; Khorshid 2013; Shukrallah 2013b):

»Wir gingen zu Mohammed Mursi, was bekannt wurde als die Fairmont-Vereinbarung, und dies war ein letzter Versuch, um mit ihm eine Verständigung zu erzielen, um ihm zu sagen: Wir wollen einen säkularen, pluralistischen, demokratischen Staat aufbauen – und Du musst uns versprechen, dass wir die Verfassung gemeinsam schreiben werden, dass Du außerdem mehrere Stellvertreter ernennen wirst, darunter muss ein Kopte sein und eine Frau sowie dass Du einen Ministerpräsidenten ernennst, auf den wir alle uns einigen können als

2 Die Haltung der Aktivist*innen zur Muslimbruderschaft blieb im gesamten Untersuchungszeitraum und darüber hinaus gespalten. Im Nachhinein ist es nicht möglich verallgemeinerbare Aussagen zu diesem Verhältnis zu treffen. Lediglich Tendenzen – abhängig vom Fortgang des politischen Prozesses und der Durchsetzung eigener Interessen – lassen sich *fallweise* andeuten.

Kräfte, die sich an der Revolution gegen Mubarak beteiligt haben.« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 17)

»Natürlich hat er sofort zugestimmt, und er war derjenige, der die Fairmont-Vereinbarung öffentlich vorgelesen hat, nicht irgendwer anders. Aber natürlich, nachdem er die Herrschaft gesichert hatte und im Präsidentenpalast angekommen war, fühlte er sich nicht mehr an die Vereinbarungen gebunden. Innerhalb der nächsten zwei Monate, brach er alle Versprechen: Er hat keine Frau und keinen Kopten als seine Stellvertreter berufen.« (Ebd.: Absatz 19)

In der Rückschau bleibt die Fairmont-Vereinbarung der einzige ernsthafte Versuch des säkularen Lagers und der Muslimbruderschaft, eine gemeinsame politische Linie zu finden, die die Interessen beider Lager berücksichtigt und die Opportunitätsstrukturen zu ihren Gunsten verschoben hätte (vgl. Arab Forum for Alternatives 2015; Clark 2006; Lust et al. 2013; vgl. zu Formen ideologieübergreifender Kooperationsmodelle Schwedler/Clark 2006).

Die Vereinbarung wurde am 21. und 22. Juni 2012, fünf Tage nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, zwischen der Muslimbruderschaft und einigen säkularen Parteiakteur*innen ausgehandelt. Die Opposition kam zusammen, weil der Oberste Gerichtshof – dessen Richter noch von Mubarak ernannt worden waren – kurz nachdem der Wahlsieg der Muslimbruderschaft absehbar wurde, das Anfang 2012 gewählte und von der Muslimbruderschaft dominierte Parlament aufgelöst und durch einen nationalen Verteidigungsrat ersetzt hatte, in dem der SCAF dominierte (Gehlen 2012a; Mustafa 2014b: 27; Shukrallah 2013b; Trew 2012). Das Verfassungsgericht begründete sein Urteil damit, dass die Sitzverteilung auf verfassungswidrige Weise zustande gekommen sei (Esposito et al. 2016: 225).

Zugleich dekretierte der SCAF, dass die Befugnisse des designierten Präsidenten massiv eingeschränkt werden und räumte sich gesetzgeberische Vollmachten sowie Kontrolle über den Verfassungskonvent ein (vgl. Ahram Online 2012a für eine Übersetzung des Verfassungsdekrets; Trew 2012). Damit schränkte er die Steuerungs- und Handlungsfähigkeit der neuen Regierung auf institutioneller Ebene massiv ein, indem er zugleich seine eigenen Befugnisse stark erweiterte. Unterstützt wurde er dabei von Eliten in Verwaltung und Justiz, die weitgehend noch aus Mubarak-treuen Leuten bestanden (Esposito et al. 2016: 223ff.; Gresh 2013: 5). Diese Netzwerke setzten ihre Ressourcen und Patronagenetzwerke geschickt ein, um einen Machtwechsel zu verhindern (vgl. auch El Tarouty 2015; vgl. dazu Heydeman 2004).

So war die neue Regierung unter Mursi in der Folge nicht in der Lage, dringende soziale und wirtschaftliche Reformen zu implementieren (Gehlen 2012a; Perthes 2013). Der SCAF konnte die Kompetenzen und die Steuerungsfähigkeit der prospektiven Regierung unter Mohammed Mursi deshalb begrenzen, weil im bis-

herigen Verlauf des Transitionsprozesses die oppositionellen Akteur*innen keine grundlegende Reform des institutionellen Gefüges durchsetzen konnten, die die Steuerungsfähigkeit des SCAF begrenzt hätte. Im Ringen mit der Regimekoalition, an deren Spitze der SCAF stand, blieb die Konfliktfähigkeit der säkularen Opposition schwach. Zwar erreichten die Straßenproteste sehr viele Menschen im Land, der Druck auf die Herrschenden war zeitweise sehr hoch; jedoch vermochten die disparaten Akteur*innen es nicht, ihre Kräfte organisational zu bündeln, so dass sowohl institutionalisierte Formen der Politik mit nicht-institutionalisierten Formen eine gemeinsame Front gegen die Regimekoalition bilden (vgl. oben Kap. IV-11.6 für diesen Zusammenhang). Die mangelnde Bündnisfähigkeit schränkte die Konfliktfähigkeit der Opposition stark ein.

Das Vorgehen des SCAF entspricht theoretischen Erwartungen hinsichtlich des Vorgehens strategischer Gruppen in Transitionsprozessen: Sie setzen ihre Macht, Ressourcen und institutionell privilegierte Position ein, um die Opportunitätsstrukturen zu ihren Gunsten zu beeinflussen und das oppositionelle Lager zu schwächen, so dass ein Systemwechsel verhindert wird (vgl. auch Hinnebusch 2003: 115).

Zugleich zeitigte der Versuch des SCAF, die künftige institutionelle Konfiguration machtpolitisch zu seinen Gunsten zu manipulieren, ein nicht-intendiertes Resultat: Die (vorläufige) Einigung der Opposition auf einen gemeinsamen Fahrplan (Fairmont-Vereinbarung), um der Strategie des SCAF entgegen zu können und die eigenen Aneignungs- und Machtchancen zu erhöhen.

Die Fairmont-Vereinbarung zielte ursprünglich auf die »Rettung der Januar-Revolution sowie die Errichtung eines zivilen, säkularen, demokratischen, Rechtsstaates (*daula madaniya*)« ab und enthielt lediglich sechs Punkte:

- »Beteiligung aller zivilen Kräfte an der Regierung unter Einschluss von Frauen, Kopten, der Jugend.
- Der Ministerpräsident soll unabhängig sein und alle nationalen politischen Strömungen repräsentieren.
- Einrichtung einer Krisen- und Interimsregierung, die aus bekannten Persönlichkeiten bestehen und sicherstellen soll, dass der Prozess der Machtübergabe an den gewählten Präsidenten Mursi reibungsfrei stattfindet.
- Ablehnung des Verfassungsdekrets des SCAF (Parlamentsauflösung, Einrichtung eines nationalen Verteidigungsrats als Ersatz, Einschränkung der präsidentialen Vollmachten).
- Einrichtung einer ausgeglichenen verfassungsgebenden Versammlung.
- Transparenz bei der Bekanntgabe politischer Veränderungen«. (vgl. für den gesamten Text der Vereinbarung auf Arabisch Nafeah 2013, eigene Übersetzung)

Die Fairmont-Vereinbarung scheiterte jedoch, weil die säkulare Opposition Mursi und der Muslimbruderschaft vorwarf, sich nicht im gebotenen Maß an sie zu halten: Weder habe Mursi eine Regierung der Nationalen Einheit geformt (»Krisen- und Interimsregierung«), noch würde seine Regierung verschiedene politische Kräfte repräsentieren, so manche der Vorwürfe (Shukrallah 2013b). Die auf Partizipation drängende säkulare Opposition sah sich durch Mursi und die Muslimbruderschaft getäuscht und zunehmend vom politischen Prozess ausgeschlossen. Die durch Fairmont ausgehandelte Arena eines »konfliktualen Konsenses«, die das Potential barg, die Opportunitätsstrukturen zu Gunsten der Opposition zu verschieben, hatte nur für kurze Zeit Bestand (Mouffe 2007: 69).

Allerdings war die Muslimbruderschaft nicht allein verantwortlich für das Scheitern der Fairmont-Vereinbarung. Auf Seiten der säkularen Opposition beteiligten sich wichtige Akteur*innen nicht an dem Bündnis, weil sie eine Vereinnahmung und Instrumentalisierung durch die Muslimbruderschaft befürchteten. Mehr noch: Den beteiligten Oppositionsakteur*innen an der Fairmont-Vereinbarung warfen sie Verrat vor. Zudem warfen sie Mursi vor, dass die von ihm ernannten Regierungsmitglieder und Berater, die nicht der Muslimbruderschaft angehörten, lediglich Feigenblätter seien und in Wirklichkeit mit der Muslimbruderschaft kooperierten, um deren Agenda durchzusetzen (Khorshid 2013; Shukrallah 2013b). Die Muslimbruderschaft wiederum warf der Opposition vor, sich nicht an demokratische Gepflogenheiten zu halten und das Wahlergebnis nicht zu respektieren. Die Überführung des Konflikts in eine institutionelle Form wich sehr schnell wieder einer politischen Polarisierung.

Während diese Entwicklung durchaus theoretischen Erwartungen an Transitionsprozesse neopatrimonialer Systeme entspricht, wonach staatliche Eliten Konfliktlinien *innerhalb* der Opposition ausnutzen, um diese zu schwächen, ist in dieser Konstellation kaum zu entscheiden, welche*r Akteur*in die in der Theorie als radikal bezeichnete Rolle und welche*r Akteur*in diejenige des Softliners einnimmt (Bratton/van de Walle 1994: 463; Lust-Okar 2004). Beide Seiten versteiften sich auf ihre Position und eröffneten dem SCAF so die Möglichkeit, einen tiefen Keil in die Opposition zu treiben und den Demokratisierungsprozess letztendlich zum Scheitern zu bringen.

Der kurze historische Moment, in dem ein Bündnis zwischen Muslimbruderschaft und säkularer Opposition Bestand hatte, wurde von gegenseitigen Anwürfen verschüttet, die, wie das anschließende Kapitel zeigen soll, von einer Wahrnehmung auf Seiten des säkularen Lagers befördert wurden, wonach die Muslimbruderschaft sich den ägyptischen Staat im Sinne ihrer (angeblichen) Islamisierungsstrategie zu eigen machen wolle. Dabei übersah die säkulare Opposition, dass das Handeln der Muslimbruderschaft stark vom Machtkampf mit dem SCAF beeinflusst und nicht bloß Ausdruck ihres Machthungers und angeblichen Strebens nach Errichtung einer islamischen Diktatur war.

13.1.1 Ideologische Polarisierung: Demokratie, »Urnokratie« oder die »Bruderschaftisierung des Staates«?³

Im direkten politischen Wettbewerb wohl unterlegen – das zeigten die Parlamentswahlen 2011/2012 sehr deutlich –, verlagerten die säkularen Parteien nach der Präsidentschaftswahl im Sommer 2012 die Auseinandersetzungen auf ein Feld, auf dem sie vermeintlich überlegen waren: dem ideologischen Kampf um die Demokratisierung und Liberalisierung der politischen Verhältnisse. Diese Taktik war eines der am häufigsten angewandten Mittel, wenn säkulare Parteien den Repräsentationsanspruch der Muslimbruderschaft ablehnten. Allerdings wurde die Vorstellung abgelehnt, die Muslimbruderschaft vertrete *den Islam*. Vielmehr würde diese die Religion zu politischen Zwecken instrumentalisieren:

»Nein, der Antrieb [des Konflikts] war nicht religiöser Natur. Weil ich habe die ganze Zeit über nicht gesehen, dass die Muslimbrüder den Glauben repräsentieren. Denn wenn sie den Glauben des Islams repräsentieren und ich gegen sie wäre, wäre ich dann auch gegen den Islam? Bin ich etwa mit den Christen gegen den Islam? Ich bin ein Muslim, ich werde das nicht tun. Aber ich sehe, dass sie den Glauben instrumentalisieren, die ganze Zeit [...]. Ich war die ganze Zeit gegen dieses Vorgehen.« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 112)

Oft ging es nur auf der Oberfläche um weltanschauliche Fragen und viel häufiger um strategisches Handeln, welches von mittelfristigen politischen Interessen geleitet wurde, in welche ideologische Standpunkte aber immer wieder (auch vehement) hineinspielten, entweder um den Gegner zu diskreditieren, oder aber, weil es Teil der eigenen politischen Identität war. Diese Deutung ist im säkularen Lager gewiss nicht verallgemeinerbar, zeigt aber an, dass spätestens nach der gescheiterten Fairmont-Vereinbarung eine immer weiter fortschreitende Polarisierung zwischen Teilen der säkularen Opposition und der Muslimbruderschaft stattfand.

Säkulare Akteur*innen nahmen die Organisation der Muslimbruderschaft als gegen die Demokratie eingestellt wahr, die eben das sei, was sie sei und dass dieser Umstand sich seit ihrer Gründung nicht verändert habe (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 77; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 118). Demokratische Verfahren seien nur ein Instrument für die Muslimbruderschaft, um an die Macht zu kommen, ihre eigenen Leute zu installieren und die Demokratie dann abzuschaffen (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 21; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens,

3 Die in diesem Kapitel beschriebenen ideologischen Konfliktlinien zwischen säkularen und islamisch sich legitimierenden Organisationen dienen in erster Linie der *deskriptiven* Veranschaulichung *und dichten, fallweisen Beschreibung* dieser Konfliktlinie auf dem Feld der Ideologie.

2017: Absatz 168-170; 176). Sogar der Wahlsieg der Muslimbruderschaft wird als nicht hinreichend für deren demokratische Legitimation angeführt, da es nur eine Herrschaft der Mehrheit sei:

»[...] Folglich gab es Opposition gegen die Muslimbruderschaft bzw. die Behauptung der Muslimbruderschaft, dass sie durch Wahlen an die Macht gekommen sei. Das war einfach nur die Herrschaft der Mehrheit, nicht eine demokratische Herrschaft. Nein, das war deutlich! (...) Also es gibt einen Unterschied zwischen der Urnokratie (*sandukratiya*⁴) und der Demokratie.« (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 142)

Der implizite Hinweis auf den hybriden Charakter des politischen Systems kurz nach dem Sturz Mubaraks ist gewiss richtig; denn dass so kurz nach Beginn eines Transitionsprozesses liberale Prinzipien nicht oder nur unzureichend verwirklicht sind, sondern höchstens ein prozedurales Minimum politischer Demokratie, ist hinlänglich bekannt (O'Donnell/Schmitter 1989: 8). Legt man die Kriterien entwickelter Demokratien zugrunde (demokratisches Wahlregime, politische Partizipationsrechte, bürgerliche Freiheitsrechte, institutionelle Sicherung der Gewaltenteilung (horizontale Verantwortlichkeit) sowie die Sicherung der effektiven Regierungsgewalt (de jure und de facto)), dann wird ersichtlich, dass es sich bei dem politischen System Ägyptens zum Zeitpunkt der Wahl Mursis zum Präsidenten um eine defekte Demokratie gehandelt hat, weil nicht alle demokratischen Teilregime verwirklicht waren. Demokratie ist immer die Herrschaft der Mehrheit, jedoch kommt es auf die konkrete institutionelle Ausgestaltung dieser Herrschaftsform an, damit sie nicht zur Tyrannei der Mehrheit degeneriert. Die pauschale Kritik säkularer Akteur*innen an der Muslimbruderschaft, verbunden mit der Behauptung, ihr Wahlsieg sei keine ausreichende demokratische Legitimation, geht also fehl. Faire und freie Wahlen garantieren ein prozedurales Minimum politischer Demokratie in einem Transitionsprozess.

Die Konsolidierung von Demokratien (formale, unabhängige Institutionen, funktionierende Gewaltenteilung, demokratische Einstellungen, liberale Staatsprinzipien) benötigt Zeit und ist ein Prozess, der auch von Rückschlägen begleitet ist (vgl. dazu Merkel et al. 1996a). Zu erwarten, dass die Muslimbruderschaft in einem politisch höchst polarisierten und hybriden Umfeld, sich ausschließlich an liberal-demokratischen Maßstäben orientiert, während der SCAF seine Macht einsetzt, um den Transitionsprozess zu unterminieren, ist politisch naiv. Zugleich muss betont werden, dass es für die Etablierung und Konsolidierung demokratischer Herrschaftsinstrumente, Institutionen und Verfahren absolut notwendig

4 Erfundenes Wort, das sich aus den beiden Worten *sanduk*, »Box, Urne« und *dimuqratiya*, »Demokratie« zusammensetzt und eine oberflächlich-formalistische Auffassung von Demokratie zum Ausdruck bringt.

ist, dass sich die beteiligten Akteur*innen des Wandels an diesen Maßstäben orientieren.

Der Konflikt mit der Muslimbruderschaft entfaltete *innerhalb* des säkularen Lagers ähnlich starke Bindungskräfte, wie das Vorgehen des SCAF im Vorfeld der Stichwahl um die Präsidentschaft zwischen säkularem Lager und Muslimbruderschaft entfaltet hatte. Einmal mehr zeigte sich, dass die Existenz eines äußeren Feindes, dessen diskursive Homogenisierung, Abwertung und Exklusion aus einem konstruierten demokratischen Rahmen, einen positiv-konstruktiven, programmatisch und organisational nachhaltigen Aufbruch des säkularen Lagers ersetzte. Der Rückzug auf eine politische Identität, die der Partei nur dann Orientierung bietet, wenn es andere Akteur*innen zu bekämpfen gilt, wirkte sich auf den Verlauf des Transitionsprozesses negativ aus. Sowohl linke als auch rechte Parteien überwinden die ansonsten sehr ausgeprägte Konfliktlinie zwischen ihnen, wenn es um die Ablehnung der Muslimbruderschaft aufgrund ihrer (angeblichen) Demokratiefindlichkeit ging:⁵

»Wir hatten sehr stark das Gefühl, dass die Staatsstruktur verändert wird (*taghyiir shakl ad-daula*), weil/die Muslimbruderschaft meinte, es gebe einen tiefen Staat, der den Staat kontrolliert. Sie haben diese Idee immer propagiert. Mit tiefem Staat ist die ägyptische Bürokratie gemeint. Sie haben versucht, die ägyptische Bürokratie [also die Personen darin] mit Personen auszutauschen, die sie als neutral ansehen. [...] Wenn dieser Prozess zu Ende geführt worden wäre, dann wäre es unmöglich gewesen, dass der ägyptische Staat ein demokratischer Staat wird, oder ein normaler Staat. Wir wären ein Muslimbruder-Staat geworden. Das ging so weit, dass die Partei des Lichts, die damals mit der Muslimbruderschaft verbündet war, vor der »Muslimbruderschaftisierung« des Staates (*akhwanit ad-daula*) gewarnt hat.« (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 45)

»[...] Dass das religiöse Denken in seiner Form der ägyptischen Muslimbruderschaft weit weg ist von der Demokratie. Es strebt nach der Demokratie als Leiter, um die Macht zu erlangen und danach ist es vorbei. Wir haben Beispiele für ein solches Vorgehen mit der Hamas in Palästina und im Sudan.« (Ebd.: Absatz 57)

»Wir denken, sehr zu unserem Leidwesen, glauben die Muslimbrüder in Ägypten nicht an die Idee der Demokratie. Und wir haben Schriften, Gedanken, und Aussagen ihrer Führungskräfte, die diese Meinung bestätigen. Deswegen war es nicht

5 Über die Frage, ob und wenn ja, inwieweit die Muslimbruderschaft als Organisation in ein liberal-demokratisches System integrierbar sei, wird in der Literatur seit Jahren kontrovers diskutiert. Exemplarisch seien genannt: Ranko (2014), Trager (2016); Mustafa (2013b); al-Anani (2016); Wickham (2013).

möglich, dass wir den Menschen, die die Demokratie nur als Mittel begreifen, es ermöglichen, an die Macht zu kommen.« (Ebd.: Absatz 75)

Der Begriff der »(Muslim-)Bruderschaftisierung« (*akhwanit ad-dawla*) hatte eine erklärende und diffamierende Funktion: Damit sollte der Befürchtung vieler säkularer Akteur*innen Ausdruck verliehen werden, dass die Muslimbruderschaft eine angebliche Übernahme des Staates durch eine Veränderung seiner Strukturen und Besetzung entscheidender Stellen in den Institutionen mit Sympathisanten bzw. Mitgliedern der Muslimbruderschaft vorhat (de Lardereel 2013; vgl. für die Situation in den ägyptischen Medien Reporters without Borders 2014). Der Hinweis auf die Hamas und den Sudan hat eine klar diffamierende Konnotation.

Mehr als nur um die Machtverteilung im Staat, geht es auch um die zukünftige Form des politischen Systems, um ein Staatsprojekt, etwas, das in einer Transitionsphase durchaus als üblich bezeichnet werden kann. Doch mit der Ablehnung des Repräsentationsanspruchs der Muslimbruderschaft und der damit verbundenen Aufwertung der eigenen Partei als demokratisch, wird ein politischer Aushandlungsprozess praktisch verunmöglicht (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 88-89).

Dass die Muslimbruderschaft in ihrem Wahlprogramm für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintrat und sie seit Jahrzehnten einen Prozess des organisationalen Wandels durchläuft, in dessen Kern eine Mäßigung vieler Positionen steht, scheint für säkulare Parteien keine Rolle gespielt zu haben (vgl. dazu Sektion politische Grundsätze d. Freiheits- und Gerechtigkeitspartei 2011; Hagmann 2011; Mustafa 2013b: 134ff.; Ranko 2014):

»Also ich weiß mit Sicherheit, dass er [Mursi] demokratisch gewählt wurde und 51,7 % der Stimmen bekam. Aber weißt Du, seine Art die Demokratie zu benutzen, bis ich das bekomme, was ich will und danach die Demokratie selbst aufzulösen? Nein, danke, brauchen wir nicht! [...] Erdogans Verständnis der Demokratie ist, dass die Demokratie wie ein Zug ist und Du suchst dir die Station aus, an der Du aussteigen willst und dann sagst Du bye bye Demokratie! [...] Demokratie ist der tragende Pfeiler meiner Ideologie. Ich glaube an Vielfalt, sie [Muslimbruderschaft] glauben an etwas Anderes. Sie glauben, dass Ägypten ein muslimischer Staat ist. Und weil die Mehrheit der Ägypter muslimisch ist, gehört Ägypten zur Dar al-islam⁶ [...] und die Sache mit dem Nationalstaat ist ein westliches Konstrukt, das uns fremd ist.« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 21)

Visionen und Vorstellungen der säkularen Parteien seien legitim, weil demokratisch, fortschrittlich und pluralistisch, diejenigen der Muslimbruderschaft hinge-

6 »Haus des Islams«: Länder und Gebiete, die unter muslimischer Herrschaft stehen.

gen reaktionär und illegitim, weil islamisch. Damit werden auf den Islam sich berufende und in der Bevölkerung verwurzelte, durch Wahlen legitimierte Bewegungen und Parteien unterschiedslos abgelehnt, in das feindliche Lager verortet und ihr Repräsentationsanspruch ignoriert (ebd.: Absatz 17). Diese Art der polarisierenden Identitätskonstruktion wurde auch eingesetzt, um den Organisationsvorsprung der Muslimbruderschaft mit vermeintlich islamischen Strukturmerkmalen wie Gehorsam und formalen Hierarchien zu erklären.

Die auf weltanschaulichen Positionen beruhende Ablehnung, das starke Misstrauen, lassen sich nicht ohne weiteres aufheben. In dieser Situation blieben den Parteien nur zwei Möglichkeiten: Sie rücken von der Vorstellung ab, dass die Muslimbruderschaft die Demokratie bzw. Wahlen nur ausnutzt, um an die Macht zu kommen. Dann besteht die Möglichkeit, sich auf etwas Gemeinsames zu einigen, zu einer lagerübergreifenden Konfliktfähigkeit und Allianz zu kommen (*cross-ideological alliance*), die das herrschende Regime herausgefordert hätte. Jedoch wurde diese mögliche Gelegenheit von den maßgeblichen säkularen Parteien nicht erkannt bzw. aufgrund ihrer ideologischen Festlegung verworfen.

Deshalb kam es im Laufes des Transitionsprozesses zum zweiten Szenario und einer Bestätigung des Theorems der Autocracy with Democrats (Brumberg 2002b: 110): Eine Ablehnung des Repräsentationsanspruchs der Muslimbruderschaft, dem endgültigen Bruch mit ihr und in der mittelfristigen Folge zu einem Polizeistaat, wie auch Goldstone bestätigt (2011: 462). Die bewusste Entscheidung für das zweite Szenario führte zu einer Vertiefung des politisch-gesellschaftlichen Bruchs. Den immer wieder vorgebrachten Vorwurf einer »Bruderschaftisierung« des Staates, erwiderte die Muslimbruderschaft mit dem denunziatorischen Vorwurf gegenüber Freien Ägyptern und Sozialdemokraten, sie seien der »Block der Kreuzzügler«, Ungläubige und Christen-Parteien (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 114-120).

Die Polarisierung hatte Bestand und flammte insbesondere im Zusammenhang mit der Mobilisierungskampagne gegen die Herrschaft der Muslimbruderschaft im Frühjahr 2013 (*Tamarrud*) wieder auf. Die Vorwürfe wiederholten sich: mangelndes Demokratieverständnis und ein Ausnutzen formaldemokratischer Verfahren seien Leitlinien der Politik der Organisation, um die etablierten Liberalisierungen wieder aufzuheben. Zugleich wird dies auf Seiten der säkularen Opposition als Entschuldigung herangezogen, um eigenes undemokratisches, illiberales Agieren zu legitimieren, das aber nicht als solches wahrgenommen wird, sondern im Gegenteil als urdemokratische Mobilisierung gegen die angebliche neue Autokratie der Muslimbruderschaft (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 123; Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 20; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 180). Das spätere Zusammengehen mit dem unter as-Sisi etablierten Polizeistaat, der Putsch gegen die demokratisch le-

gitimierte Institution des Präsidentenamtes wird mit dem Schutz der Demokratie legitimiert.

Letztlich müssen der ideologische Konflikt mit der Muslimbruderschaft und die Argumentation des säkularen Lagers als Versuch gewertet werden, ihre ideologische Konfliktfähigkeit zu erhöhen, der jedoch auf Kosten einer lagerübergreifenden Bündnisbildung ging. Transformationstheoretisch kann an dieser Stelle argumentiert werden, dass das klassische Argument von Rustow, wonach Demokratie als zweitbeste Lösung zwischen zwei sich bekämpfenden und gleichstarken Entitäten entstehe, in diesem Fall nicht funktionieren konnte, weil die Prämissen andere waren (1970): Anders als in der Theorie angenommen, führten die asymmetrischen Kräfteverhältnisse in diesem Fall dazu, dass die schwächere Seite, die säkularen Parteien, im Prinzip keine reelle Chance hatte, ihre politische Vision gegen die Muslimbruderschaft durchzusetzen. Sie erkannten diese Schwäche und verlegten den Kampf in die Arena der ideologischen Auseinandersetzungen, weil sie während eines demokratischen Umbruchs die vermeintlich besseren Argumente auf ihrer Seite wussten. Jedoch führte die *Art* der Auseinandersetzungen zu weiterer Verhärtung der Fronten und einer Unmöglichkeit der Einigung zwischen beiden Lagern.

13.2 Das Ringen zwischen SCAF und Muslimbruderschaft: Die kontextuelle Systemumwelt säkularer Parteien

SKOG-Ansatz und Contentious-Politics-Ansatz gehen jeweils davon aus, dass institutionelle Neuausrichtungen oder Demokratisierung zwischen herrschenden (strategischen) und oppositionellen Gruppen oder Bewegungen ausgefochten werden. Entscheidend für eine Einordnung der jeweiligen Akteur*innengruppe ist ihre Stellung im Herrschaftsgefüge. Davon hängen in unterschiedlichem Ausmaß Fähigkeiten der Akteur*innen und Gruppen ab, folgende Schlüsselkriterien zu erfüllen bzw. in ausreichender Weise zu entwickeln: Strategisches Handeln, Verfügungsgewalt über Ressourcen, (dünne) Ideologien und Framing, Mobilisierungsfähigkeit, Konflikt-, Organisations- und Steuerungsfähigkeit. Weiterhin gilt: Wenn eine Gruppe ihre Ressourcen koordiniert zum Erhalt des politischen Systems einsetzt, dann gehört sie zu den herrschenden strategischen Gruppen. Setzt sie diese zur Veränderung des Systems ein, dann gehört sie zu den konfliktfähigen oppositionellen Gruppen. Die folgenden Analysen über das Verhältnis von SCAF und Muslimbruderschaft werden zeigen, dass die Zuordnung einer Akteur*in in einem Transitionsprozess nicht statisch ist, sondern in dynamischen Prozessen politischer Auseinandersetzungen Schwankungen unterliegen kann. Diese Volatilität hat Auswirkungen auf die Gelegenheitsstrukturen anderer oppositioneller Akteur*innen als auch auf mögliche Bündnisse in der Opposition.

Das Verhältnis zwischen SCAF und Muslimbruderschaft war aus mehreren Gründen entscheidend für den Transformationsprozess: Es handelte sich um die zwei mächtigsten Organisationen in Ägypten, gemessen an Ressourcenzugriff, Personal, ideologischer Ausstattung (Hüter der nationalen Ordnung vs. islamische Tugend und Wohlfahrt) und daraus resultierender Legitimität. Das Handlungsfeld, das sich zwischen diesen beiden Entitäten eröffnete und die sich darin entwickelnden Auseinandersetzungen um die Macht können als Systemumwelt für alle anderen Akteur*innen beschrieben werden, weil die Handlungen dieser beiden Gruppen und das Ringen zwischen ihnen große Auswirkungen auf die Handlungsoptionen der säkularen Parteien hatte.

Zudem bestimmte der Konflikt zwischen SCAF und Muslimbruderschaft in hohem Maße die Tagespolitik und band knappe Ressourcen der säkularen Opposition, die sie im Kampf gegen SCAF und Muslimbruderschaft benötigte. Dies resultiert aus dem Fakt, dass beide Entitäten während des Untersuchungszeitraums in unterschiedlichem Ausmaß exekutive Vollmachten ausgeübt haben, die sich wiederum auf die Gelegenheitsstrukturen der anderen Akteur*innen ausgewirkt haben. Auch die *Wahrnehmung* der Gelegenheitsstrukturen durch die säkularen Akteur*innen war maßgeblich durch dieses Verhältnis determiniert, wie im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch zu sehen sein wird.

Ein dominantes Narrativ während des Transformationsprozesses bestand folglich darin, dass die Muslimbruderschaft und der SCAF ein informelles Bündnis eingegangen seien, um die säkulare Opposition zu marginalisieren. Zum Teil kursierte sogar die Verschwörungstheorie, dass *der Westen* zunächst Druck auf den SCAF ausgeübt hätte, die Muslimbruderschaft an die Macht kommen zu lassen und die Wahl Mursis auch nur deshalb zustande gekommen wäre (Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 13). Für diese Behauptung finden sich jedoch weder in der Literatur noch in den Medien Belege. Vielmehr ist sie Beleg der politischen Ohnmacht und Verzweiflung innerhalb der säkularen Opposition.

Das ambivalente Verhältnis zwischen Muslimbruderschaft und SCAF behielt bis zum endgültigen Bruch und dem Militärputsch vom 3. Juli 2013 seinen höchst instrumentellen Charakter und blieb von Misstrauen und Spannungen geprägt (Ranko 2014: 137; vgl. Rougier/Lacroix 2016b: 6ff., die das Verhältnis sogar als Krieg charakterisierten). Die Mal ablehnende, Mal vorsichtig offene Haltung der Muslimbruderschaft gegenüber dem SCAF führte dazu, dass bis Herbst 2012 nicht genügend Druck auf ihn ausgeübt wurde. Die schwache säkulare Opposition musste während des gesamten Transformationsprozesses am ehesten mit Repressalien durch ihn rechnen.

Der SCAF nutzte die konservative Agenda der Muslimbruderschaft wiederum, um den revolutionären Aufbruch zu bremsen, indem er zunächst nicht so repressiv gegen sie vorging. Als Organisation ist sie außerdem leichter fassbar, besser organisiert und deswegen kontrollierbar; die über Jahrzehnte gewachsene Mas-

senbasis machte sie als Partner für den SCAF interessant, um seine Herrschaft zu legitimieren und die Straßenproteste zu kontrollieren (Bayat 2017: 162; Esposito et al. 2016: 215ff.; Gresh 2013; Gürsoy 2017: 180; Hasche 2012; Javaher-Haghighi et al. 2013: 102ff.; Teti 2011: 10). Deshalb war das wiewohl informelle Bündnis für ihn von entscheidender strategischer Bedeutung (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 48; El-Amrani 2012; Rougier/Lacroix 2016b; Stacher 2011).

Verratsvorwürfe in Richtung der Muslimbruderschaft waren die Folge, »Macht-hunger und Blindheit für die Ziele der Revolution« wurden der Muslimbruderschaft immer wieder attestiert (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 59; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 82, 180). Als Mursi am zweiten Jahrestag der Revolution, am 25. Januar 2013, eine Rede hielt und die Polizei als Teil der Revolution erklärte – gewiss um den Sicherheitsapparat entgegen zu kommen –, steigerte dies die Ablehnung durch die säkulare Opposition, die dies als große Provokation empfand. Vergleiche zwischen ihm und Mubarak wurden gezogen (vgl. dazu auch Khorshid 2013; Kingsley 2013a):

»Es gab eine berühmte Rede/wir haben ja ursprünglich die Revolution vom 25. Januar gegen Polizeigewalt und die Unterdrückung der Apparate des Innenministeriums gemacht und dann kommt Mohammed Mursi am Tag der Polizei, der ja am Revolutionstag vom 25. Januar ist, und sagt ihnen, dass wir den Polizeiapparat und das Innenministerium als Teil der Revolution des 25. Januars betrachten. Du machst Witze, oder?! Das ist Wahnsinn! Wahnsinn!« (Interview – Düstur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 25)

»Sie [Muslimbruderschaft] haben der Armee etwas vorgeheuchelt. Mursi ist zur Polizei gegangen und hat ihnen gesagt, dass sie an der Revolution teilgenommen haben. Was ist das für ein Wahnsinn?! Die Revolution hat sich doch gegen die Polizei gerichtet! Wie kannst Du da hingehen und ihnen sagen, ihr habt eine Rolle gespielt? ›Bist Du blöd oder dumm, oder was??‹ Das ist doch nicht logisch! ›Also Du redest für wen? Du heuchelst ihnen etwas vor, glaubst Du, sie lieben dich dann und werden dir gegenüber loyal sein?!« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 180)

Wie bereits bei der Konsolidierung der Akteur*innen beschrieben, waren die säkularen Parteien aber nicht in der Lage, organisationale Strukturen zu entwickeln, so dass sie als ernstzunehmende*r Partner*innen wahrgenommen wurden, um daraus andererseits genügend Handlungs- und Konfliktfähigkeit sowie Legitimation ziehen zu können, die sie dazu befähigt hätte, in der machtpolitischen Konkurrenz mit Muslimbruderschaft und SCAF zu bestehen oder die Muslimbruderschaft auf ihre Seite zu ziehen. »Spontaneität und Basisdemokratie«, wie es Javaher-Haghighi et al. ausdrücken, können »notwendige repräsentative Organe« nicht ersetzen (2013: 80).

Zugleich entlastete dieses Deal-Narrativ zwischen SCAF und Muslimbruderschaft, das im säkularen Lager vorherrschte, dieses immens und befreite es von politischer Verantwortung für das vorläufige Scheitern des Transformationsprozesses. Ohne Zweifel hat das organisationale und politische Übergewicht von Muslimbruderschaft und SCAF zwar zu einer Schwächung der Position des oppositionellen Lagers insgesamt und einer Abschwächung der Revolutionsdynamik geführt, indem eine ideologieübergreifende Bündnisbildung erschwert wurde; doch haben verschiedene säkulare Akteur*innen allzu bereitwillig die vermeintlichen Abmachungen zwischen SCAF und Muslimbruderschaft als Entschuldigung für eigenes politisches Versagen, für eine mangelhafte Organisation der eigenen Organisationen gewertet:

»Die ganze Zeit, als wir auf dem Platz waren [Tahrir], sagten sie [Muslimbruderschaft]: ›Wir sind mit Euch, sagt nur, wenn Ihr etwas braucht.« Und das geschah, während sie mit Omar Suleiman⁷ zusammensaßen und Arrangements trafen⁸. Also wir sind auf dem Platz und sie sitzen mit Omar Suleiman zusammen, verhandeln mit Omar Suleiman, wann sie den Platz verlassen, wann sie gehen sollen, wann sie weitermachen. Wenn Omar Suleiman in diesen 18 Tagen mit ihnen einen Deal gemacht hätte, dann hätten sie den Platz verlassen. Und dann wäre die Revolution angeschlagen gewesen. Aber sie haben die Revolution verkauft, als wir noch auf dem Platz waren. Sie haben sich danach mit dem SCAF verständigt und hiernach hatten sie kein Interesse mehr für uns. Und sie haben sich auf einen separaten Weg begeben. Wenn wir freitags Demos organisiert haben, um bestimmte Dinge zu fordern, haben sie gesagt: ›Wir machen nicht mit, wir gehen nicht auf die Straße.« Klar, sie haben ja mit dem SCAF vereinbart, dass sie beruhigend einwirken sollen und dass sie die Straße aufsaugen.« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 98)

Ganz von der Hand zu weisen sind diese Behauptungen nicht: Die fortlaufenden Ereignisse ab Februar 2011, die Großdemonstration vom 27.05.2011 etwa, anhaltende Streiks im Gesundheits- und Bildungssektor sowie Fabrikbesetzungen durch

7 Langjähriger Geheimdienstchef in Ägypten und in der Phase der Proteste, vom 29. Januar 2011 bis 11. Februar 2011, Vizepräsident des Landes und enger Vertrauter Mubaraks.

8 Am 6. Februar 2011 trafen sich die Führung der Muslimbruderschaft und andere Oppositionsgruppen mit Vizepräsident Omar Suleiman, um mit ihm Liberalisierungen des politischen Systems zu besprechen, nachdem sie dies tags zuvor noch abgelehnt hatten. Die Gespräche waren Teil einer längeren Reihe von Gesprächen, die Suleiman mit der politischen Opposition führte, um sie zum Einlenken und Beenden der Straßenproteste zu bewegen. Teil der vorliegenden Vorschläge war auch der erwähnte präsidentielle Übergangsrat, den al-Baradei ablehnte, vgl. zu den Verhandlungen während der ersten 18 Tage der Revolution Shobaki (2015); Javaher-Haghighi et al. (2013: 79).

verschiedene Gewerkschaften, linke Akteur*innen sowie weitere säkulare Jugendorganisationen markierten nicht-institutionalisierte Formen des Ringens (*transgressive contention*), die vom SCAF mit immer brutaleren Eingriffen beantwortet wurden (Abdallah 2012; Javaher-Haghighi et al. 2013: Kap. Ägypten ; Lübben 2011). Er ließ im Laufe des ersten Revolutionsjahres über 12.000 Demonstrant*innen und Aktivist*innen verhaften und sie durch militärische Schnellgerichte verurteilen. Immer wieder gab es tote und verletzte Aktivist*innen (Bayat 2017: 168; 218; Chams el-Dine 2013).

Die Muslimbruderschaft hielt sich jedoch aus diesen Protesten weitgehend heraus. Sie positionierte sich sogar gegen die Demonstrant*innen und demobilisierte ihre eigenen Anhänger*innen (Chams el-Dine 2013). Damit ging die Strategie des SCAF auf, die Bewegung zu spalten und zugleich die radikalen Elemente der Bewegung zu marginalisieren und zu kriminalisieren (Javaher-Haghighi et al. 2013: 99; 103).

Das vielen Revolutionär*innen bisweilen zu passive Verhalten der Muslimbruderschaft, welche politische Standpunkte sehr flexibel formulieren und anwenden konnte, um ihre eigene, prekäre Stellung im politischen Prozess nicht zu gefährden, lässt sich sicherlich mit ihren historischen Erfahrungen der 1950er Jahre erklären, als sie von Nasser als Organisation praktisch ausgelöscht wurde und für 20 Jahre von der politischen Bühne verschwand (vgl. dazu klassisch Mitchell 1969). Im Herbst 2011 kam ein weiterer erklärender Faktor hinzu, der die Gelegenheitsstrukturen für die Opposition massiv verschlechterte: Ausgangspunkt war eine Maßnahme des SCAF, mit der er auf der Ebene institutioneller Arrangements versuchte, direkt auf den wachsenden Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zu reagieren und seine Herrschaft abzusichern.

Unmittelbar vor den Parlamentswahlen nahm er Änderungen am Wahlgesetz vor, die es ihm erlauben sollten, ein Drittel der Parlamentssitze mit angeblich neutralen Kandidat*innen zu besetzen sowie den Ausnahmezustand aufrechtzuerhalten (Ahram Online 2011d; Javaher-Haghighi et al. 2013: 103; Kindelberger 2012: 13). Die Muslimbruderschaft reagierte ihrerseits darauf mit einem breiten und heterogenen Wahlbündnis von 38 Parteien – Demokratische Allianz für Ägypten (Kap. IV-12.1.1.1) –, in dem sie aber der alles überragende Akteur blieb. Das Bündnis konnte den SCAF dazu bewegen, das Gesetz noch vor den Wahlen zurückzuziehen. Im Gegenzug mussten die beteiligten Parteien eine offizielle Erklärung unterzeichnen, in der sie dem Militärrat ihre volle Unterstützung zusicherten (Javaher-Haghighi et al. 2013: 104). Diese schwammige Erklärung engte den strategisch-politischen Spielraum der säkularen Parteien weiter ein und sicherte die Position der Muslimbruderschaft im Ringen um die Macht vorerst ab.

Doch das Wahlbündnis der Muslimbruderschaft sollte ähnlich den Wahlbündnissen der säkularen Akteur*innen nicht von Dauer sein: Der Organisationsvorsprung, den die Muslimbruderschaft gegenüber den neu konstituierten säkularen

Parteien hatte (und die z.T. im Bündnis vertreten waren), führte bei den Parlamentswahlen vom Winter 2011/2012 dazu, dass die Muslimbruderschaft mit knapp 40 % der abgegebenen Stimmen als stärkste Fraktion hervorging (vgl. Masoud 2014 dazu, wie die Muslimbruderschaft ihre organisatorische Stärke nutzte, um in Wahlen davon zu profitieren und säkulare Parteien zu marginalisieren). Bald nach der Wahl zerfiel das Bündnis, weil die kleineren Parteien sich von der Macht der Muslimbruderschaft erdrückt fühlten und die Muslimbruderschaft sich nicht an ihre Zusage hielt, nur in der Hälfte der Wahlbezirke Kandidat*innen aufzustellen. In Wirklichkeit stellte die Muslimbruderschaft Kandidat*innen in über 70 % der Wahlbezirke auf (Essam El-Din 2011). Mohammed Mursis Aussage, wonach die Muslimbruderschaft kein »Machtmonopol anstrebe oder das Parlament zu kontrollieren wünsche«, sondern auf Kooperation »zum Wohle Ägyptens« setze, erwies sich nach der Wahl aus Sicht der säkularen Parteien als strategisches Manöver, um ihrer Liste ein säkulares Gesicht zu geben und Vorbehalten vor einer Islamisierung des Landes und der Politik zu begegnen (Jadaliyya 2011c; Mohsen 2012; Rougier/Lacroix 2016b: 8). Zwar darf bei der Interpretation dieses Agierens ein Hinweis auf den Machtkampf zwischen Muslimbruderschaft und SCAF nicht vergessen werden.

Doch der auf diese Weise durchgesetzte Machtanspruch der Muslimbruderschaft schadete ihr langfristig mehr, als er ihr nutzte: So hatte sie zwar einen Teilsieg im Ringen mit SCAF und säkularer Opposition errungen. Das Misstrauen der säkularen Opposition gegenüber der Muslimbruderschaft vertiefte sich aber und fand rund um die Präsidentschaftswahlen und die Fairmont-Vereinbarung seine doppelte Bestätigung: Nachdem die Muslimbruderschaft von ihrer ursprünglichen Aussage kurz nach der Revolution, nur an den Parlamentswahlen partizipieren zu wollen, abgerückt war, um einige Monate später, im Frühjahr 2012 anzukündigen, sie werde auch an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen, gingen Mursi und die Muslimbruderschaft Mitte Juni mit der Fairmont-Vereinbarung ein taktisches Bündnis mit der säkularen Opposition ein, hielt sich aber nicht daran (Gresh 2012). Ein weiteres Mal diente die säkulare Opposition lediglich als Backup für die eine oder andere Seite im Kampf um die Macht (Rougier/Lacroix 2016b: 7).

Zunehmend wirkte die Muslimbruderschaft auf die säkulare Opposition wie ein »kalt kalkulierender Machtapparat«, dem es in erster Linie um die Durchsetzung des eigenen Machtanspruchs ging und nicht um die Implementierung eines demokratischen politischen Systems (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 59; Gresh 2012). Dies entfremdete die Muslimbruderschaft von großen Teilen der Bevölkerung und den anderen am Transitionsprozess beteiligten Akteur*innen und brachte sie nach den Präsidentschaftswahlen – in Überschätzung der eigenen Stärke und Position – auf einen direkten Konfrontationskurs mit dem SCAF. Mitte August 2012, ca. sechs Wochen nach seiner Vereidigung als Präsident, versuchte Mohammed Mursi die Entscheidung im Machtkampf mit dem SCAF zu erzwingen.

In einem auch von der säkularen Opposition zunächst gefeierten Schritt, wollte er die politischen Opportunitätsstrukturen zu Gunsten der Muslimbruderschaft verschieben, indem er die Aufhebung seiner präsidentiellen Vollmachten durch den SCAF vom Juni für nichtig erklärte, das aufgelöste Parlament wieder einsetzte sowie hohe Generäle des SCAF mit einem goldenen Handschlag in den Ruhestand versetzte (MENA Solidarity Network 2013c; Ahram Online 2012b für eine englische Übersetzung von Mursis Dekret; Gehlen 2012b; Trew 2012).

Trotz der zeitweilig vorhandenen Interessenkonvergenz, bedeutete die unterschiedliche Stellung der Akteur*innen (SCAF und Muslimbruderschaft) hinsichtlich der Verfügungsgewalt über Ressourcen und die damit zusammenhängende soziostrukturelle Verortung und Repräsentation gesellschaftlicher Klassen und Schichten, dass das Einvernehmen zwischen beiden Akteur*innen immer nur eine strategische, handlungstheoretisch zu beurteilende Positionierung war, abhängig von laufenden Ereignissen und davon abgeleiteten Opportunitätsstrukturen. Der Vorwurf säkularer Oppositioneller, dass SCAF und Muslimbruderschaft durchgehend deckungsgleiche Interessen gehabt hätten, und auf dieser Grundlage einen Deal schlossen, geht fehl: Nicht nur theoretische Erkenntnisse des Contentious-Politics-Ansatzes sowie des SKOG-Ansatzes widersprechen dieser Einschätzung, sondern auch grundlegende sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über die Relationalität objektiver (Klassen/Schicht-)Lagen und subjektiver Artikulation bzw. Interessenrepräsentation. Bündnisse disparater sozialer Akteur*innen in einem Transitionsprozess sind nur temporärer Art mit instrumentellem Charakter, um die eigenen Macht- und Aneignungschancen zu erhalten (strategische Gruppen) oder zu erhöhen (konfliktfähige oppositionelle Gruppen).

Die Macht- und Einflussdisparitäten zwischen der Muslimbruderschaft und dem SCAF blieben während des gesamten Untersuchungszeitraums in unterschiedlicher Stärke bestehen – auch wenn die Stellung der Muslimbruderschaft, gemessen am Einsatz ihrer Ressourcen sowie ihrer Droh- und Konfliktpotentiale, im Prozess des Ringens zwischen einer strategischen und einer konfliktfähigen Gruppe pendelte. Die *Konfliktbereitschaft* als weiteres Kriterium, welches darüber entscheidet, ob ein Akteur dem oppositionellen Lager angehört, muss bei dieser Betrachtung zusätzlich berücksichtigt werden: Gab es Bestrebungen seitens der Muslimbruderschaft, das vorhandene Konfliktpotential »gegen die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse« einzusetzen (Schubert et al. 1994: 68)?

Die Antwort auf diese Frage fällt gewiss widersprüchlich aus. Einerseits gaben der Muslimbruderschaft die hohe Verfügungsgewalt über materielle und immaterielle Ressourcen die Möglichkeit, ihre politischen Ziele konsequent zu verfolgen und konfliktfähig zu agieren, um sowohl den SCAF zeitweilig unter Druck zu setzen sowie die sich gerade konstituierenden, noch nicht konsolidierten Parteien aus dem linken, säkularen sowie liberalen Spektrum politisch zu marginalisieren. Im Gegenzug war die Konfliktfähigkeit der säkularen Parteien aufgrund ihrer mangel-

haft ausgebildeten Verfügungsgewalt über Ressourcen, ihrer nur schwachen Konsolidierung sowie der im Vergleich zur Muslimbruderschaft kaum vorhandenen Legitimität äußerst begrenzt. Im Ergebnis führten das informelle Bündnis zwischen SCAF und der Muslimbruderschaft und die ohnehin asymmetrischen Kräfteverhältnisse dazu, die Bedingungen politischen Ringens zu Ungunsten der revoltierenden sozialen Bewegungen zu verschieben.

Andererseits lässt der Versuch des SCAF, als Teil der Regimekoalition, die Muslimbruderschaft als größte organisierte, (potentiell) oppositionelle Kraft aus dem Protestlager herauszulösen und gegen das säkulare Lager zu instrumentalisieren, um beide zu schwächen, die Interpretation zu, dass die Muslimbruderschaft eine konfliktfähige oppositionelle Gruppe war, die sich lediglich durch einen großen Organisationsvorsprung vor den anderen oppositionellen Akteur*innen auszeichnete. Bei diesem Vorgehen konnte der SCAF geschickt vorhandene Ängste im säkularen Lager vor einer Allianz zwischen ihm und der Muslimbruderschaft kapitalisieren und den bei vielen Beteiligten vorhandenen Eindruck zementieren, dass ein Konflikt zwischen Muslimbruderschaft und säkularem Lager existierte, also zwischen Islam und Demokratie bzw. zwischen Islam und Revolution (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 15; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 68; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 144). Auf diese Weise konnten politische und soziale Aspekte der Revolution geschickt ausgeblendet werden.

Der Versuch einer weiteren Depolitisierung der Proteste erfuhr durch den SCAF eine Zuspitzung: Er nutzte seinen Ressourcenvorsprung und setzte die staatlichen Medien ein, um Propaganda gegen Muslimbruderschaft *und* säkulare Parteien zu betreiben. Die Protestbewegung sollte gespalten werden, der Vorwurf, sie würde Partikularinteressen einer bestimmten Gesellschaftsschicht (*matalib fiawiya*⁹) verfolgen und somit gegen die nationalen Interessen handeln, wirkte sich negativ auf die Legitimität der Proteste aus (vgl. dazu auch Gamal 2011):

»One of the downfalls of the Egyptian revolution is what we call *al-matalib al-fiawiya*. [...] This term – we didn't start using it – the state media started using it: ›Ya, this demonstration is *matalib fiawiya* of bla bla bla.‹ And because there was such a public outcry for the *matalib fiawiya* we started distancing ourselves from them; we started taking the revolution away from the *matalib fiawiya* – ›no, no, no we're the big things, we're not talking about the small things.‹ Which is wrong! [...] that was like Jan./Feb [2011], because that was really the argumentation that was used by the SCAF very early on in the media, *matalib fiawiya*, *matalib fiawiya* – and the stand that was taken at that time by the activist groups was like, ›ahhh the

9 Der Ausdruck *matalib fiawiya* kann grob als Partikularinteressen bzw. Gruppeninteressen im Gegensatz zu gesamtgesellschaftlichen Interessen (so es sie gibt) übersetzt werden.

matalib fiawiya, that's not us, we are the big clean thing, we are not dealing with people asking for increased salaries.« (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 152)

Das Framing der Staatsmedien und die Reaktion der Protestbewegung sagen sehr viel über die Kräfteverhältnisse und strategischen Fähigkeiten der Akteur*innen aus: Während der SCAF sich eines simplen, aber effektiven Mittels bediente, um die Menschen gegen die Bewegung aufzuwiegeln, traf dies die Opposition eher unvorbereitet; sie wusste keine Antwort auf eine solche, eigentlich sehr durchschaubare Taktik des Regimes, die in der Theorie praktisch deckungsgleich vorhergesagt wird (vgl. dazu und die Rolle der Medien Goldstone 2011: 457). Der große Ressourcenvorsprung des Regimes in Verbindung mit seiner politischen Erfahrung traf auf die Unerfahrenheit der neuen Akteur*innen, die zudem kaum Ressourcen zur Verfügung hatten.

Zudem waren die Protestierenden politisch nicht eindeutig positioniert, ließen sich von dem Vorwurf und dem Druck der Öffentlichkeit in die Ecke drängen, anstatt in die Gegenoffensive zu gehen und den Klassencharakter der Revolution zu betonen. Bayat spricht in diesem Zusammenhang von einer »liberalen Falle« des Regimes und »postideologischen« Revolutionären, die aufgrund dieser Schwäche den Kampf verloren (Bayat 2017: 19).

Auf diese Weise entriß ihnen der SCAF die Deutungshoheit über die Geschehnisse, die sie in der Folge durch Aktionen und Kampagnen wie Kazibun mühsam wieder herstellen mussten. Zugleich bewirkte die fatale Distanzierung von vermeintlichen Partikularinteressen, dass die Bewegung im abstrakten Change-Modus (*taghyir*) verblieb, der auch Forderungen nach »Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit beinhaltete«. Allerdings beraubte sie sich der Möglichkeit, eine soziale Komponente in ihre Forderungen nicht nur miteinzubeziehen, sondern vehement zu fordern und darauf zu dringen, Herrschaftszugang, Herrschaftsanspruch und -art zu reformieren (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 153-156; Gamal 2011; vgl. Merkel 2010: 66, Kriterien für Systemwechsel). Mehr noch: Der Change-Modus der Opposition war so diffus, dass er sogar von Vertretern des Regimes – zumindest rhetorisch – angeeignet werden konnte (Bayat 2017: 157).

13.3 Politischer Wandel und das Ringen um Reformen

Reformen der Institutionen sind das Herzstück einer Transformation. Sie sind selten unumstritten. Neben den konkreten institutionellen Rekonfigurationen, haben Timing und Reihenfolge, in »der politische Prozesse stattfinden bedeuten den Einfluss auf Qualität und Richtung gesellschaftlicher Transformationen« (Stefes 2015: 127). Erweitert man den Institutionenbegriff und versteht darunter auch

(in-)formelle Regeln und Normen, die das Verhalten von Akteur*innen strukturieren, so wird ersichtlich, dass davon auch Interaktionen von Akteur*innen und daraus resultierende neue institutionelle Arrangements berührt werden. Ausgehend von der Annahme des SKOG-Ansatzes, wonach die Akteur*innen in Demokratisierungsprozessen unterschiedlichen Zugriff auf Ressourcen haben, die wiederum ihre Macht- und Aneignungschancen beeinflussen, können institutioneller Wandel und Reformbemühungen wiederum als Funktion umkämpfter Machtumverteilungen analysiert werden. D.h. Handlung und Struktur wirken ineinander hinein und beeinflussen das Resultat des politischen Wandels.

Politischer Wandel und Demokratisierung sind somit stark von institutionellen Arrangements abhängig, die vor Beginn des umkämpften Demokratisierungsprozesses existierten. Herrschaftsformen und (informale) Institutionen, die im Autoritarismus erfolgreich waren, d.h. Legitimität und Stabilität erzeugten, werden in Transitionsprozessen oft reproduziert. Institutionelle Arrangements sind somit zugleich struktureller Rahmen und Ziel kollektiven Ringens um politischen Wandel.

Des Weiteren ist politischer Wandel von den Forderungen und formulierten Zielen (*claims*) und den sie hervorrufenden Gegenstrategien (*counterclaims*) sowie eingesetzten Maßnahmen (*repertoires*) und Gegenmaßnahmen (*counterrepertoires*) strategischer und konfliktfähiger oppositioneller Gruppen abhängig (McAdam et al. 2001: 268; Stefes 2015: 129; Tilly/Tarrow 2015: Kap. 3). Es gilt im Folgenden anhand der Auseinandersetzungen um institutionelle Reformen in Ägypten nachzuzeichnen, wie die Opposition nach dem Sturz Mubaraks versuchte, einen Zustand strategischer und machtpolitischer Polarisierung, systemischer Hybridität und institutioneller Widerstände unter Rückgriff auf außerinstitutionelle und institutionelle Maßnahmen in einen Zustand integrationstheoretischer, pluralistisch-liberaler Befriedung des politischen Systems gegen die herrschenden strategischen Gruppen umzuwandeln.

Im Anschluss an Mubaraks Rücktritt veranlasste der SCAF viele Liberalisierungen, wie die Aufhebung des Parteienverbots und die Zulassung unabhängiger Medien. Viele Maßnahmen (*repertoires*) der Protestbewegung und Parteien in Ägypten müssen aufgrund der Liberalisierungsmaßnahmen des Regimes als eingehegtes Ringen (*contained contention*) eingestuft werden, da viele, bisher außerinstitutionelle Maßnahmen (*transgressive repertoires*) durch den Druck der Proteste auf den SCAF (vorläufig) legalisiert wurden (Guirguis 2011; Javaher-Haghighi et al. 2013). Wie im bisherigen Verlauf der Analyse gesehen, bedeuteten Liberalisierungen oft nicht, dass die neuen Akteur*innen von Verboten und Hemmnissen uneingeschränkt frei handeln konnten.¹⁰

10 Das Regime bediente sich nach dem Sturz Mubaraks immer wieder sehr repressiver Methoden, um die revolutionären Straßenproteste zu unterdrücken.

Autoritäre Regime setzen in einem Transitionsprozess Liberalisierungen oft strategisch ein, um oppositionelle Bestrebungen nach Demokratisierung zu konterkarieren und der Legitimationskrise des Systems zu begegnen. Daraus resultieren häufig unfertige, hybride oder defekte Modelle von Demokratie, in denen nur einige Teilregime funktionaler Demokratien verwirklicht sind.

Zwei Kriterien sind für die Einordnung entscheidend, ob Liberalisierungen nur strategischer, also vorübergehender Natur, oder auf Dauerhaftigkeit angelegt sind: Es geht um die Intentionen und Pläne der strategischen Gruppen auf Regimeseite. Was bezwecken sie *wirklich* mit den Liberalisierungen? Da dieser subjektiv-handlungstheoretische Aspekt aber praktisch nicht zu eruieren ist, rückt ein zweites, objektiv konstruiertes¹¹ Kriterium in den Vordergrund: Zum anderen geht es um den Zeitpunkt der Liberalisierungsmaßnahme *und* den Zeitpunkt der Aufhebung der Maßnahme. Im Allgemeinen kann die Entscheidung darüber erst (viel) später interpretativ rekonstruiert werden, ob eine Maßnahme nur strategischen Charakter hatte. Deshalb muss in der Analyse der Historizität von Transformationsprozessen, die sich über sehr lange Zeiträume erstrecken können, Rechnung getragen werden.

Für den Untersuchungszeitraum besteht nun die Schwierigkeit gerade darin, dass die erste Transitionsperiode sehr kurz ist, die Deutungen der Ereignisse durch die beteiligten Akteur*innen selbst sehr divergieren, um abschließende Interpretationen darüber anzustellen, ob eine Liberalisierung nur als strategische Maßnahme gedacht war oder nicht, zumal – in der Rückschau – die Zäsur des Militärputsches vom 3. Juli 2013 erst den Anfang eines bis heute nicht abgeschlossenen Prozesses der Illiberalisierung und Re-Autoritarisierung in für Ägypten bisher ungekanntem Ausmaß darstellt. Die Rücknahme der meisten im Untersuchungszeitraum realisierten Liberalisierungen durch den gleichen Akteur (SCAF) *nach dem Putsch* stützt die Interpretation, wonach es sich zwischen 2011 und 2013 nur um strategische Liberalisierungen handelte, um einen Versuch, der Protestbewegung das Momentum zu nehmen, um auf diese Weise den Erhalt des Systems zu sichern. Nimmt man die machtpolitische Konfiguration zusätzlich in den Blick, in der der SCAF durchgehend die politische Agenda bestimmen konnte, insbesondere weil er seine privilegierte Position im institutionellen Gefüge Ägyptens erhalten wollte, so stützt das zusätzlich die These von Bratton/van de Walle, dass neopatrimoniale

11 Diese paradoxe Ausdrucksweise soll zum Ausdruck bringen, dass sich der Autor der Tatsache bewusst ist, dass die Unmöglichkeit der Überprüfung des ersten Kriteriums ihn zu dieser Vorgehensweise nötigt, ohne jedoch aus dem Blick zu verlieren, dass die vermeintliche Objektivität fest definierter Zeiträume, um Anfang und Ende eines soziopolitischen Prozesses zu determinieren, den Geist der Willkür in sich trägt und lediglich aus forschungspragmatischen Gründen erfolgt.

politische Systeme Liberalisierungen stets als Antworten auf Systemkrisen einsetzen und diese nie initiativ einleiten (1994: 461f.). Es erscheint plausibel, dass der SCAF zu keinem Zeitpunkt während des Untersuchungszeitraums ernsthaft eine nachhaltige Transition hin zu einem demokratischen System in Erwägung gezogen hat. Dies hätte zwangsläufig eine Aufgabe seiner politisch und ökonomisch privilegierten Position im Herrschaftsgefüge Ägyptens bedeutet.

Doch zurück zu den Liberalisierungen von 2011: Diese eröffneten der Opposition zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Möglichkeit, sich am politischen Prozess zu beteiligen und Forderungen in der Öffentlichkeit zu formulieren, die auf eine institutionelle Neuausrichtung des politischen Systems zielten. Neue kollektive Akteur*innen formierten sich, die weder aus dem Sicherheitsapparat stammten, noch aus der Wirtschaftselite des Landes – Intellektuelle, Parteiführer*innen, Gewerkschafter*innen und Menschenrechtler*innen stellten sich an ihre Spitze – und forderten mehr Partizipation, Wahlen, eine neue Verfassung und das Ende der Korruption (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 33; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 18, 44; Interview – Uni Cairo Aktivist, 2017: Absatz 39).

Waren die Inhalte der geforderten Reformmaßnahmen und Liberalisierungen weitgehend unumstritten, so verhielt es sich anders mit der Reihenfolge: Die Ankündigung und Durchführung von Parlamentswahlen Ende 2011/Anfang 2012, die Durchführung von Präsidentschaftswahlen Mitte 2012 sowie die Ausarbeitung der neuen Verfassung können als exemplarischer Konfliktaustrag um die in Transitionsprozessen so wichtige Reihenfolge von Reformmaßnahmen betrachtet werden. Denn diese ist nicht zuletzt entscheidend für die Einflusschancen der jeweiligen Parteien auf den Transitionsprozess, in dessen Verlauf langfristige politische Spielräume und Arrangements etabliert werden (Hamid 2014: 135).

Im Laufe des Jahres 2011 kristallisierte sich insbesondere der Konflikt um die zu schreibende post-autoritäre Verfassung als zentraler und fortwährender Streitpunkt zwischen dem islamischen und dem säkularen Lager sowie dem SCAF heraus, weil in ihr die künftigen institutionellen Spielregeln und Machtpositionen festgelegt werden sollten. Zudem tangierte dies zwischen säkularem und islamischem Lager weltanschauliche Fragen hinsichtlich der Stellung des Islams in der künftigen Staatsverfassung. Das Hauptinteresse des SCAF bestand hingegen in der Erhaltung seiner privilegierten Machtposition im Staat (Demmelhuber 2012).

Noch vor Einberufung eines *ersten* verfassungsgebenden Konvents, versuchte der SCAF durch sogenannte Verfassungsdekrete im März 2011 seine Macht zu festigen und den Transitionsprozess zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Mittels dieser Dekrete legte er einen engen Zeitplan für Parlamentswahlen und die Ausarbeitung einer gänzlich neuen Verfassung fest (Demmelhuber 2012: 29; Rougier/Lacroix 2016b: 4ff.; Saleh/Zayed 2011). Die säkulare Opposition kritisierte, dass zu wenig Zeit bliebe, um sich zu organisieren und die besser organisierte Muslim-

bruderschaft sowie die alten Kader der Nationaldemokratischen Partei Mubarakts dadurch Vorteile hätten. Die Parlamentswahlen seien zu früh im Reformprozess angesetzt worden, die Verfassung, die die »Regeln des Spiels definiert«, müsste zunächst ausgearbeitet werden (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 142; Awad 2011). Zu diesem frühen Zeitpunkt im Transitionsprozess waren die meisten Parteien noch nicht konstituiert, konfliktfähig waren sie bis zu einem gewissen Grad nur auf der Straße durch den Einsatz von Protestmaßnahmen. Die angesprochene informelle Abmachung zwischen SCAF und Muslimbruderschaft schadete der Bewegung jedoch nicht nur aufgrund der zunehmenden Repression durch den SCAF, sondern weil die Demobilisierung der eigenen Anhänger*innen durch die Muslimbruderschaft die Protestbewegung eines Teils ihrer Schlagkraft beraubte.

Der Vorsitzende der Dustur-Partei Mohammed al-Baradei war davon überzeugt, dass zunächst ein Vertrag geschlossen werden müsse, der die Beziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Gewalten (*sulutaat*) regule, bevor die Positionen besetzt werden könnten. Dafür habe al-Baradei den Slogan »Die Verfassung zuerst« geprägt und zudem die Wahl eines Präsidenten vor der Wahl eines Parlaments gefordert. Zu diesem Zweck hat er sich bereits im März 2011 mit dem SCAF besprochen. (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 9; Ahram Online 2012d; Awad 2011). Jedoch blieb sein Einfluss auf die Reihenfolge der reformerischen Maßnahmen sehr begrenzt. Seine Forderungen wurden nicht umgesetzt.

Auch in der Sozialdemokratischen Partei gab es Kritik an der Reihenfolge der reformerischen Maßnahmen und Stimmen, die befürchteten, der SCAF habe sie bewusst so gewählt, um den Reformprozess zu torpedieren sowie die Muslimbruderschaft bei den anstehenden Parlamentswahlen in Vorteil zu setzen – das alte Deal-Narrativ zwischen Muslimbruderschaft und SCAF scheint an dieser Stelle wieder durch:

»Realistischerweise hätte man erst eine gute Verfassung verabschieden müssen. Damals haben wir einen Präsidialrat (*madschlis riasi*) gefordert. Dieser hätte vom SCAF die Macht übernehmen sollen, der alles gesteuert hat, und ein präsidialer Rat wäre gegründet worden, der das Land für zwei Jahre regiert. In diesen zwei Jahren hätte eine sehr gute Verfassung verabschiedet werden müssen, nicht in zwei oder drei Monaten, [...] ohne dass eine durch Wahlen zustande gekommene Mehrheit den Prozess kontrolliert. Denn als die Verfassung nach den [Parlaments]Wahlen geschrieben werden sollte, sagten die Muslimbrüder, »wir sind die Mehrheit, wir wollen die Verfassung schreiben.« [...] Aber wir haben beschlossen, einen entgegengesetzten Weg einzuschlagen: [...] Du setzt einen Präsidenten ein und machst ihm dann eine Verfassung? Es muss doch zuerst die Verfassung verabschiedet werden und dann erst der Präsident gewählt werden, damit er seine Vollmachten kennt, aufgrund derer er gewählt wird! [...] Aber der SCAF hat mit

den Muslimbrüdern eine Vereinbarung getroffen und er [SCAF] hat die übrigen zivilen Kräfte verkauft – für die hatten sie keinen Nutzen.« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 80)

Neben der prozessorientierten Ablehnung der vom SCAF vorgeschlagenen und vorgegebenen Reihenfolge, begründeten andere Akteur*innen ihre Ablehnung der Reihenfolge eher mit organisationsimmanenten Faktoren. Ein Argument, das auch bei der Erklärung ihrer mangelnden organisationalen Konsolidierung immer wieder angeführt wurde, war die fehlende Zeit, der schnelle Fortgang der tagespolitischen Ereignisse, der zu einer Überforderung der organisatorischen Kapazitäten geführt habe (Kap. IV-11.3). Zusätzlich warf die Bewegung 6. April dem SCAF und der Muslimbruderschaft vor, sich *gemeinsam* für diesen Weg entschieden zu haben, um den säkularen Parteien keine Möglichkeit zu lassen, sich zu organisieren:

»Zu diesem Zeitpunkt [Herbst/Winter 2011] war die Bewegung 6. April nicht einverstanden mit Parlamentswahlen, weil wir zuerst eine neue Verfassung wollten. Aber nein, die Muslimbrüder stellten sich seinerzeit gegen uns und sagten, wir wollen jetzt die Wahlen durchführen; sie waren damals der größte organisierte Flügel, als Partei meine ich, und sie wollten die Wahlen gewinnen. Sie verbündeten sich mit dem Militärrat, mit [Mohammed] Tantawi¹², um zuerst die Wahlen durchzuführen.« (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 59)

Tatsächlich muss die Positionierung der Muslimbruderschaft im Frühjahr 2011 kritisch gesehen werden. Neben alten Kadern der Nationaldemokratischen Partei trat auch sie für schnelle Parlamentswahlen ein und lehnte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung mit dem Argument ab, dies würde zu lange dauern (Saleh/Zayed 2011). Auch deswegen unterstützte sie die (vorläufigen) Verfassungsdekrete des SCAF im Laufe des Jahres 2011, was sie in den Augen vieler Aktivist*innen als Verräter erscheinen ließ (Haenni 2016: 21; The Arab Network for the Study of Democracy 2011). Mit anderen Worten: Die Muslimbruderschaft nahm in einem frühen Stadium des Transitionsprozesses Legitimitätseinbußen in Kauf, um im Ringen mit den anderen Akteur*innen die eigene Position zu verbessern. Wie bei der Analyse des Ringens um Einfluss mit dem SCAF gezeigt wurde, konnte sich die Muslimbruderschaft von dieser sehr frühen, strategischen Entscheidung nicht mehr erholen. Ihre Glaubwürdigkeit konnte sie bei Teilen der Bewegung nicht mehr rehabilitieren.

Der Kampf um die Reihenfolge institutioneller Reformen eskalierte im November 2011, als der SCAF die Proteste im Land durch den Einsatz von Gewalt unterdrückte. Das Massaker in der Mohammed Mahmoud-Straße (19.-25.11.2011)

12 Mohammed Hussein Tantawi war nach dem Rücktritt Mubaraks der Vorsitzende des SCAF und blieb dies bis zu seiner Ablösung im August 2012 durch den späteren Putschisten Feldmarschall Abdel Fattah as-Sisi, der von Mohammed Mursi eingesetzt wurde, vgl. Ranko (2014: Kap. 5).

nahe des Tahrir-Platzes und des Innenministeriums, bei dem Dutzende Demonstrant*innen von Sicherheitskräften erschossen und mehrere Hundert verletzt wurden, wird als Wendepunkt im Verhältnis der Bewegung zum Sicherheitsapparat beschrieben (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 59; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 56; Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 64; Rougier/Lacroix 2016b: 6f.). Zehn Tage vor den ersten freien Parlamentswahlen, im November 2011, forderten die Demonstrant*innen in der Mohammed Mahmoud Straße das Ende der Militärherrschaft, die Abdankung des SCAF, die Einsetzung einer zivilen Übergangsregierung, und die Verschiebung der Parlamentswahlen, worauf der SCAF mit brutaler Gewalt reagierte (Egyptian Federation of Independent Trade Unions 2011b; BBC News 2012a).

Die Proteste konnten die Wahlen nicht verhindern. Intensität und Zeitpunkt der Kämpfe so kurz vor den Wahlen zeigt zum einen die Tiefe des Zerwürfnisses zwischen Aktivist*innen und SCAF über den einzuschlagenden Transitionspfad. Die gewalttätige Niederschlagung zeigt zum anderen, dass der SCAF gewillt war, seine privilegierte Machtposition und den von ihm vorgegebenen Weg mit allen Mitteln durchzusetzen. Der wiederholte, punktuelle Einsatz von Gewalt durch den SCAF weist außerdem aber noch eine strategische Bedeutung auf, die in Transitionsprozessen als typisch benannt werden kann: Die unmissverständliche Warnung an die Protestbewegung, den Prozess jederzeit aussetzen zu können, wenn er nicht in den vom Militärat gewünschten Bahnen verbleibt (Brückner 2015: 92; Opp 2015: 188).

Nach den Parlamentswahlen waren die Verhandlungen um die Zusammensetzung des Verfassungskonvents ein weiterer Test für die Kompromissfähigkeit der beteiligten Akteur*innen. Doch auch hier spiegelten sich die asymmetrischen Kräfteverhältnisse zwischen beiden Lagern wider. Zwar war die Zusammensetzung des Konvents durch ein Verfassungsdekret des SCAF vom 30.03.2011 geregelt, wonach die Mitglieder von Ober- und Unterhaus 100 Personen in den Konvent entsenden würden; dass die Muslimbruderschaft diesem Dekret seine Zustimmung in Erwartung ihres Wahlsiegs bei den Parlamentswahlen gegeben hatte – womit sie auch die größte Fraktion im Konvent stellen würde –, kann durchaus als Beleg für das Deal-Narrativ der säkularen Opposition zwischen SCAF und Muslimbruderschaft gelesen werden. Soziale Bewegungen und säkulare Parteien sahen sich plötzlich aus dem politischen Prozess ausgeschlossen, den sie durch ihre Proteste erst angestoßen hatten, weil der Konvent durch das Übergewicht islamischer Akteur*innen ähnlich strukturiert war wie das Parlament, welches sie dominierten, und die säkularen Kräfte marginalisiert blieben (vgl. ausführlich zu den umkämpften Maßnahmen um den Verfassungskonvent Haenni 2016):

»Die Versammlung besteht aus 100 [Delegierten], d.h. sie [Muslimbruderschaft] bekommen 50 und wir [Säkulare] bekommen 50 [Plätze]. Es gibt Leute – die Leute

des Staates – die Vertreter der Armee, der religiösen Stiftungen (*awqaf*), der Azhar etc. orthodoxe Kirche etc. etc. Wie viele sind das?¹⁸ Und sie [Muslimbruderschaft] sagen dann: ›Die 18 Stimmen zählen zu Eurem Kontingent aus 50.‹ D.h. sie [Muslimbruderschaft & Partei des Lichts] haben 50, und das sind 18...Ich spreche hier über den säkularen Flügel (*tayyar madaniy*) und Du [Muslimbruderschaft] bringst mir die Azhar und Kirchen-Vertreter, damit sie den säkularen Flügel repräsentieren?! Ich als säkularer Flügel bekomme Kirche, Azhar, Armee und Polizei?! Seid ihr verrückt geworden? Hälfte/Hälfte – nimm diese 18 aus der Rechnung, die gehören weder zu mir, noch zu dir! Wenn Du schon über einvernehmliche Vereinbarungen sprichst! Aber nein, sie sagen: ›Wir [Muslimbruderschaft] sind 50 und Du, nimm deine 50, von denen Du diese 18 abziehen musst, so dass 32 übrigbleiben.‹ Die Muslimbruderschaft und die Salafiten sollen 50 bekommen und alle politischen Flügel im Land sollen 32 bekommen? Wie kann man das als einvernehmliche Vereinbarung sehen?« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 178)

Das aus machtpolitisch-strategischer Perspektive geschickte Agieren der Muslimbruderschaft und der salafitischen Partei des Lichts, der zweitgrößten Fraktion im neuen Parlament, führte dazu, dass die islamischen Akteur*innen den Konvent nicht nur personell, sondern auch inhaltlich dominierten.¹³ Viele Akteur*innen, wie die Mitglieder des Ägyptischen Blocks, die Partei der Würde, die Düstur-Partei und die sozialistische Volksallianz boykottierten die verfassungsgebende Versammlung ab Juni 2012 wegen dieses Ungleichgewichts ganz (Interview – Düstur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 20, Ahram Online 2012c, 2012d). Dies war gleichbedeutend mit einem erheblichen Legitimitätsverlust des Konvents und einer Beschädigung der prospektiven Verfassung.

Ohnehin war ein demokratischer Verfassungsgebungsprozess zu diesem Zeitpunkt bereits zum Scheitern verurteilt, nachdem sich der SCAF seiner Einflussmacht im April 2012 bedient hatte, um institutionelle Änderungen daran vorzunehmen. Er spannte die noch unter Mubarak ernannten Richter am Obersten Gericht für seine Zwecke ein: Es erließ nur wenige Wochen nach Einberufung des *ersten* Verfassungskonvents ein Urteil, das diesen Konvent wieder auflöste. Das Gericht begründete dies damit, dass das Verfassungsdekret des SCAF vom 30. März 2011, welches die Einberufung des Konvents regelte, Parlamentsmitgliedern die Teilnahme am Konvent untersagte. Am 12. Juni 2012 wurde daraufhin ein neuer, *zweiter*, Verfassungskonvent von beiden Kammern des Parlaments gewählt, worunter sich 21 gewählte Abgeordnete befanden (Brown 2016: 110; Rougier/Lacroix 2016b: 7).

13 Vgl. zum wechselvollen und oft angespannten Verhältnis der beiden islamischen Hauptakteur*innen Lacroix/Shalata (2016).

Das Scheidungskriterium zwischen oppositionellen und strategischen Gruppen, die Frage also, ob der Einsatz zur Verfügung stehender Ressourcen zum Erhalt des bestehenden Regimes oder aber zugunsten der politischen Opposition erfolgte, muss im Falle der Muslimbruderschaft zu diesem Zeitpunkt eher zugunsten des bestehenden Regimes gewertet werden. Allerdings muss auch betont werden, dass sie nicht integraler Teil der herrschenden Regimekoalition im Sinne des SKOG-Ansatzes war. Im politischen System Ägyptens behielt die Muslimbruderschaft den Status des externen Legitimitätsbeschaffers, den sie unter Mubarak durch ihre Tätigkeit im Wohlfahrtssektor errungen hatte.

Neben der machtpolitischen Frage, die an prozessualen Aspekten der Verfassungsgebung entbrannte, spielten weltanschauliche Fragen eine weitere Rolle. Insbesondere Artikel 2, der die Stellung der Scharia in der Verfassung regelte, stand im Fokus (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 19-20; Rougier/Lacroix 2016a: 9). Die Frage der Laizität des künftigen Staatsprojekts spielte für das säkulare Lager eine zentrale Rolle, während die Muslimbruderschaft die Rolle des Islams in einem künftigen demokratischen Staat stärken wollte (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 125; Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 49).

Doch auch im islamischen Lager selbst, war die Frage nach der Scharia Kampfplatz der Anschauungen: Während die Muslimbruderschaft versuchte, ihre normative Agenda, einen islamischen Tugendstaat, in der verfassungsgebenden Versammlung durchzusetzen und auf einer Formulierung beharrten, die die *Prinzipien* der Scharia zur Quelle der Rechtsschöpfung machen sollte, bestanden die Salafiten darauf, dass der Buchstabe der Scharia als Rechtsquelle Verfassungsrang bekäme (Mustafa 2013b: 134ff.): »Wir fordern, an Artikel zwei der ägyptischen [alten] Verfassung festzuhalten und ihn als Bezugsrahmen für das politische System und den ägyptischen Staat anzusehen« (Aus dem Programm der Partei des Lichts, in ebd.: 87). Letztendlich setzte sich die Muslimbruderschaft mit ihrer Forderung durch.

Die neue Verfassung, die im Januar 2013 nach einem Referendum verabschiedet wurde, und in der die Handschrift der islamischen Akteur*innen deutlich zu erkennen war, resultierte folglich aus einem Kompromiss zwischen Muslimbruderschaft und Partei des Lichts auf der einen Seite und dem SCAF auf der anderen Seite »dessen Vollmachten in der neuen Verfassung ungleich größer waren, als in der alten« (MENA Solidarity Network 2012b; Carnegie Endowment for International Peace 2013a; Mustafa 2014b: 27). Artikel 197 der neuen Verfassung etwagt dem Militär die absolute Freiheit, sein Budget selbst zu regulieren – ohne öffentliche Kontrolle durch das Parlament. Zudem wird das Parlament verpflichtet, künftige Gesetze, die die Autonomie oder die Geschäfte des Militärs betreffen, erst

nach Konsultation des Nationalen Verteidigungsrats¹⁴, der nur aus Militärangehörigen besteht, zu erlassen (Abul-Magd 2014: 6). Die Muslimbruderschaft konnte im Gegenzug ihre Forderung nach einem zivilen Präsidenten durchsetzen (Alnasser 2016b: 129; Carnegie Endowment for International Peace 2013a; Kindelberger 2012: 12; Marshall 2015: 10). Die Forderungen der säkularen Parteien und Persönlichkeiten fanden hingegen kaum Berücksichtigung.

Die Analyse der Konflikte um die Reformmaßnahmen im Transitionsprozess bestätigt die theoretische Annahme, wonach die Reihenfolge entscheidend für das Gelingen des Reformprozesses ist. Weiterhin hat sich bestätigt, dass institutioneller Wandel aus Machtkämpfen zwischen strategischen und konfliktfähigen oppositionellen Gruppen resultiert. Allerdings muss einschränkend hinzugefügt werden, dass die Stellung der säkularen oppositionellen Gruppen im Machtkampf um die institutionelle Neugestaltung des politischen Systems sowohl auf prozeduraler als auch auf weltanschaulicher Ebene dem Block aus SCAF und Muslimbruderschaft nicht viel entgegenzusetzen konnte. Die Konfliktfähigkeit der säkularen Akteure war in dieser Frage nur rudimentär ausgebildet, auch weil die Reformmaßnahmen im Transitionsprozess sehr früh verhandelt wurden und die neuen Parteiateur*innen entweder noch nicht konstituiert waren oder sich noch in der Konstituierungs- und Findungsphase befanden. Das Dilemma zwischen dem Erfordernis, auf tagesspolitische Ereignisse reagieren zu müssen, und die organisationale Struktur zu stärken, bildete zum wiederholten Male ein unlösbares Hemmnis für die säkularen Akteure.

Es hat sich drittens gezeigt, dass der Einsatz von Liberalisierungen durch das Regime innerhalb des Untersuchungszeitraums nur strategischer Art war, um den Protest der oppositionellen Akteur*innen zu befrieden. Auch dies entspricht theoretischen Erwartungen an Transitionen neopatrimonialer Regime. Der Einsatz von Gewalt durch das Regime zeigt überdies, dass es auch nicht vor dem Einsatz außerinstitutioneller Mittel zurückschreckte, um seinen Machtanspruch durchzusetzen.

Auf der ideologischen Ebene bestätigte sich darüber hinaus die im Zusammenhang mit Konflikten um die zukünftige politische Ordnung entstandene radikale Polarisierung zwischen säkularem Lager und Muslimbruderschaft. Ein weiteres Mal zeigte sich, wie begrenzt die Kompromissfähigkeit der Akteur*innen war. Die Verfassung wurde zum Kampfplatz der Anschauungen, wobei die Muslimbruderschaft durch ihre starke Stellung im Verfassungskonvent, die sie durch ihren Sieg bei den umstrittenen Parlamentswahlen errungen hatte, ihre Vorstellungen durchsetzen konnte. Die Durchsetzung ihrer Forderung, die Parlamentswahlen vor der Einberufung des Verfassungskonvents durchzuführen, ermöglichte ihr erst diese starke Stellung im Verfassungskonvent.

14 Der SCAF richtete den nationalen Verteidigungsrat im Juni 2012 ein und ersetzte damit das gewählte Parlament.

Aus den vorgenannten Gründen ist es legitim, die Konflikte um die Reformmaßnahmen als *defekten Transitionsverlauf* zu bezeichnen, der aufgrund des organisationalen Übergewichts der Muslimbruderschaft und ihrer ambigen Stellung zwischen strategischen und oppositionellen Gruppen verstärkt wurde.

13.4 Konterrevolution und das Ende des Transitionsprozesses I: Die nationale Rettungsfront

»Niemand gab es die Aussicht darauf, dass es eine Abmachung zwischen uns und der Muslimbruderschaft geben würde.« (Aktivist d. Bewegung 6. April)

Die zeitliche Dimension von Transitionsprozessen ist ex post leichter zu determinieren, gerade weil diese Prozesse sich zum Teil über viele Jahre hinziehen und einer großen Dynamik unterliegen, die geprägt ist von Rückschlägen und nicht-intendierten Verläufen, die auch nicht-konstruktive Verläufe haben können (Kollmorgen et al. 2015: 24). Die bisherige Analyse hat diesen Befund sowohl auf der prozessualen Ebene des Transitionsprozesses bestätigt wie auf der akteur*innen-spezifischen: Mit dem zeitlichen Abstand von nun acht Jahren, ist es legitim, den Putsch von 2013 gegen Mohammed Mursi als vorläufige Unterbrechung des Transitionsprozesses zu deuten.

Eine Analyse des Endes des Transitionsprozesses muss daher das konfliktive Verhältnis zwischen Muslimbruderschaft und säkularen Parteien ab Herbst 2012 in den Fokus nehmen. Die für konzertierte Anstrengungen notwendige parteiübergreifende Bündnisbildung und Steigerung der Konfliktfähigkeit *innerhalb des säkularen Lagers* kam erst dann zustande, als die Polarisierung zwischen ihnen und der Muslimbruderschaft im Herbst 2012 unüberwindbar schien. Jedoch entsprach diese Bündnisbildung nicht theoretischen Erwartungen bzw. Erfordernissen einer überideologischen, politische Konfliktlinien überwindenden Weise zustande, sondern im Gegenteil: weltanschaulich-religiöse Konfliktlinien erfuhren eine Affirmation und Vertiefung, wenn auch nur zum Zwecke der politischen Auseinandersetzungen.

Am 24. November 2012 schlossen sich prominente Persönlichkeiten und säkulare Parteien zur sogenannten Nationalen Rettungsfront (*jabhat al-inqadh al-wataniy*) zusammen. Dazu gehörten u.a. die ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Mohammed al-Baradei, Hamdin Sabbahi oder die umstrittenen (regimenahen) Persönlichkeiten As-Sayyid al-Baddawi (Wafd-Partei) und der ehemalige Außenminister Ägyptens Amr Moussa sowie die Dustur-Partei, Partei der Würde (*hizb al-karama*), Sozialistische Volksallianz, Freie Ägypter, Bewegung 6. April und die Sozialdemokraten (BBC News 2012b; Carnegie Endowment for International Peace 2013b; Daily News Egypt 2012; Dunne/Hamzawy 2017: 18).

Unmittelbarer Auslöser der Einigung von zuvor in scharfer Konkurrenz stehenden Männern aus der Elite und säkularen Parteien war ein Verfassungsdekret von Mohammed Mursi, welches er zwei Tage zuvor, am 22. November 2012, im Ringen gegen den SCAF erlassen hatte, um sich institutionelle Vollmachten und Garantien zu sichern bzw. zurückzuholen, die dieser wiederum in seinem Verfassungsdekret vom Juni 2012 ausgesetzt hatte (vgl. für eine englische Übersetzung des Verfassungsdekrets des SCAF Ahram Online 2012a; vgl. für eine englische Übersetzung des Verfassungsdekrets Mursis Ahram Online 2012e).

Unter anderem verlängerte Mursi in seinem Verfassungsdekret die Frist des umstrittenen, *zweiten* Verfassungskonvents um zwei Monate und stellte alle seine bisherigen und künftigen Erlasse über das Gesetz, indem er jegliche richterliche oder sonstige Überprüfung verbot. Zudem nutzte Mursi eine sehr schwammige Formulierung, wonach »der Präsident alle notwendigen Maßnahmen ergreifen kann, um das Land und die Ziele der Revolution zu schützen« (Ahram Online 2012e; vgl. auch Shokr 2012). Auch verbot Mursi die *erneute* Auflösung des zuerst im Juni 2012 durch den SCAF aufgelösten Parlaments, welches er im August wieder eingesetzt hatte (Hearst/Hussein 2012).

Die säkulare Opposition wertete das Dekret als unkonstitutionellen Freibrief für die Muslimbruderschaft, die die Errungenschaften der Revolution wieder abschaffen würde (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 21; Carnegie Endowment for International Peace 2013b). Sie trieb die Angst vor einer politischen Niederlage und einer langfristigen Etablierung der Muslimbruderschaft an der Macht. Vergleiche zwischen der Muslimbruderschaft und Mubarak wurden gezogen, ein Einschreiten der Armee als Forderung nicht mehr vollkommen ausgeschlossen (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 21; Dunne/Hamzawy 2017: 19). Al-Baradeis Dustur-Partei sowie weitere Parteien, die sich zuvor noch durchaus gesprächsbereit und offen gegenüber der Muslimbruderschaft gezeigt hatten, zählten sich nach Mursis Verfassungsdekret selbst zur Opposition gegen die Muslimbruderschaft (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 63; Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 19; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 106, 132).

Folglich stand im Mittelpunkt der Gründungserklärung der Nationalen Rettungsfront die Forderung nach einer Rücknahme von Mursis Verfassungsdekret und eine Unterstützung sowie Koordinierung mit den Aktivist*innen auf dem Tahrir-Platz (Daily News Egypt 2012). Nicht so sehr konkrete politische Visionen oder gar Ziele bestimmten die Agenda der säkularen Parteien in dieser Situation, sondern diffuse Ahnungen, Ängste und Szenarien (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 134). Weder eine politisch *inhaltliche* Konsolidierung innerhalb des säkularen Lagers fand statt, noch eine organisationale Konsolidierung in Form formalerer und verbindlicherer Bündnisse. Der scheinbare Konsens blieb brüchig,

ambivalent, die Gegnerschaft zur Muslimbruderschaft fungierte als ideologischer Kitt und identitätsstiftendes Charakteristikum.

Die Ängste vor einer Vereinnahmung und Unterdrückung der Bewegung durch die Islamiten trieb die Nationale Rettungsfront dazu, mit der Armee und den Elementen des alten Regimes aus der mittlerweile verbotenen Nationaldemokratischen Partei Mubaraks zu paktieren. Der endgültige Bruch zur Muslimbruderschaft war damit vollzogen. Weltanschauliche Fragen, Rechte von Minderheiten (Frauen, Kopten) wurden angeführt, um das Zusammengehen mit regimenehnen Kräften zu rechtfertigen und sich selbst als demokratischen Gegenpol zu inszenieren (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 39).

Boudreaus Voraussage, wonach »moderate Oppositionsgruppen« eher in der Lage seien, Regimeeliten auf ihre Seite zu ziehen, bewahrheitet sich hier in einem transitionstheoretisch nicht-intendierten Sinne und muss hier umgekehrt werden (2002: 29): Zwar standen große Teile der säkularen Opposition und Regimeeliten plötzlich auf der gleichen Seite. Doch scheint hier eher Lust-Okars Einschätzung zuzutreffen, wonach vorhandene Risse innerhalb der Opposition vom SCAF und alten Regimekadern gezielt ausgenutzt wurden, um den Transitionsprozess zu torpedieren (2011: 170). Im Kampf gegen die Herrschaft der Muslimbruderschaft schien der säkularen Opposition einerseits jedes Mittel recht zu sein; andererseits haben sie ihre eigenen Kräfte überschätzt, wenn sie glaubten, die Regimeeliten und den SCAF in einem gemeinsamen Bündnis einhegen zu können.

Wichtige Köpfe der Opposition, wie al-Baradei und der ehemalige Präsidentschaftskandidat Sabbahi, gingen sogar so weit, Mitglieder der ehemaligen Nationaldemokratischen Partei Mubaraks und andere Vertreter*innen des alten Regimes dazu aufzurufen, sich ihrem Bündnis gegen die Muslimbruderschaft anzuschließen (Demmelhuber 2014; Middle East Research and Information Project 2013). Zu erklären ist diese eklatante strategische Fehleinschätzung der säkularen Opposition durch ihre reale, oder vorgeschobene Angst vor den Islamiten. So kommen auch Lust et al. zum Schluss, dass die Säkularen glaubten, besser dran zu sein »with the devil they knew than with the Islamists they feared« (2013: 18).

Dies zog scharfe Kritik von vor allem jungen Vertreter*innen säkularer Parteien nach sich und spaltete das säkulare Lager. Sie warfen den Führungsköpfen der Nationalen Rettungsfront, al-Baradei und Sabbahi, vor, die Revolution zu »entehren«. Damit vertiefte sich zugleich eine weitere Konfliktlinie¹⁵ die mitverantwortlich für den Ausbruch der Revolution war¹⁶ (Fahmy 2012; Salah 2013):

15 Vgl. für Literatur zur Generational Gap bzw. Generational Cleavages und ihren sozialen wie politischen Folgen vor, während und nach der Revolution: Shahine (2011); Sika (2012b); Abdallah (2012); Herrera (2012); Laiq (2013); Beissinger et al. (2013); Abdalla (2016b).

16 In erster Linie taten sich die Jugendflügel der Parteien Sozialistische Volksallianz, Dustur und Popular Current hervor und protestierten gegen die Bündnispolitik ihrer Mutterparteien.

»We students of parties and movements reject that our party leaders and figures stand side by side with remnants of the former regime in the ›Front for Salvation of the Revolution.« [...] We have always been part of our great revolution and all figures from the former [Mubarak] regime have always been nothing but enemies to us and to our revolution.« (Ahrām Online 2012f)

Beide Seiten – die Muslimbruderschaft und die säkularen Parteien unter dem Dach der Nationalen Rettungsfront – beanspruchten ein weiteres Mal die Deutungshoheit über die Ereignisse und die Revolution für sich, beide die Mehrheit des Landes auf ihrer Seite wählend (Gaber 2012). Beide bedienten sich in unterschiedlichem Ausmaß extrainstitutioneller Mittel, um die Opportunitätsstrukturen jeweils zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die (bewusste) Missachtung des politischen Kontexts, in welchem vor allem die Muslimbruderschaft seit Juni 2012 agierte, ließ die säkulare Opposition und insbesondere die an der Nationalen Rettungsfront Beteiligten die Gelegenheit versäumen, Mursi und der Muslimbruderschaft eine Zusammenarbeit unter spezifischen Bedingungen anzubieten, zumal die säkulare Opposition auf breite Unterstützung *der Straße* durch Demokratieaktivist*innen zählen konnte (Shokr 2012).¹⁷

Dass Mursis Dekret sich *vor allem* gegen den Machtanspruch des SCAF richtete, er damit die von diesem gemachten Änderungen am institutionellen Gefüge vom Juni 2012 korrigieren und die institutionelle Ordnung wiederherstellen bzw. sicherstellen wollte, damit die Institutionalisierung neuer demokratischer Verfahren und Regeln nicht wieder vom SCAF unterbrochen wird, ignorierten die Akteur*innen der Nationalen Rettungsfront (bewusst)¹⁸ zugunsten einer Überbetonung der illiberalen Elemente von Mursis Dekret.

Die Verantwortung für die politische Frontbildung gegen die Muslimbruderschaft wird der Muslimbruderschaft selbst und ihrem Agieren zugeordnet (Inter-

17 Auch der während der Revolution auf dem Tahrir-Platz gegründete unabhängige Gewerkschaftsdachverband EFITU lehnte Mursis Verfassungsdekret in großen Teilen strikt ab, vgl. Egyptian Federation of Independent Trade Unions (2012b). Der Verband begründete dies mit der Missachtung der Rechte von Arbeiter*innen und Bauern und Bäuerinnen in der prospektiven Verfassung sowie mit der Befürchtung, Mursis neue Vollmachten würden zu einer autokratischen Aneignung der Macht durch die Muslimbruderschaft führen, vgl. dazu auch MENA Solidarity Network (2012b); vgl. Abdalla (2016a: 206).

18 Inwieweit der politische Kontext und das zu diesem Zeitpunkt des Transitionsprozesses sich vollziehende machtpolitische Ringen zwischen SCAF und Muslimbruderschaft tatsächlich von den politischen Akteur*innen des säkularen Lagers *bewusst* wahrgenommen bzw. ignoriert wurde, sei es aus ideologischen oder rein machtpolitischen Gründen, lässt sich nicht abschließend feststellen. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass ideologische Gründe für die meisten Führungspersonen im säkularen Lager ausschlaggebend dafür waren, sich gegen die Muslimbruderschaft zu stellen und gegen ihre Herrschaft zu mobilisieren, wie im weiteren Verlauf dieses und des folgenden Kapitels (IV-13.5) zu sehen sein wird.

view – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 136), die politische Orientierung des säkularen Lagers wird diskursiv damit eng verknüpft und als alternativlos dargestellt: »Im Endeffekt haben uns die Muslimbrüder keine Wahl gelassen« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 39). Mit Mouffe kann man davon sprechen, dass die stets ambivalente und brüchige Anerkennung des politischen Gegners einer totalen Feindwahrnehmung gewichen war, das eigene Tun von jeglicher Verantwortung entbunden, da es subjektiv nur Reaktion auf das Bündnis zwischen SCAF und Muslimbruderschaft war (vgl. auch Hinnebusch 2003: 88; Snyder 1992: 383f.). Mit der Schuldzuweisung an die Muslimbruderschaft wird der Vorwurf verbunden, diese habe politische Opportunitäten verschwendet und damit die Opposition der Möglichkeit beraubt, konfliktfähig zu agieren, um den SCAF *gemeinsam* unter Druck setzen zu können:

»Wenn sie [Muslimbruderschaft] nur ein Korn Intelligenz besessen hätten, dann hätten sie den zivilen Kräften gesagt: Macht, was ihr wollt! Und dann hätten sie sie für sich gewonnen, um die autoritäre Regierung der Armee zu konfrontieren.« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 178)

Doch diese Interpretation der Ereignisse greift etwas zu kurz, da sich die Nationale Rettungsfront zumeist destruktiver Verhinderungstaktiken im Ringen mit der Muslimbruderschaft bediente, so dass ein Dialog nicht zustande kommen konnte (vgl. Dunne/Hamzawy 2017: 20). Wie tief der Riss zwischen islamischem und säkularem Lager ging, zeigen die Ereignisse des 5. Dezembers 2012 vor dem Präsidentenpalast al-Ittihadiya in Kairo, als sich die säkulare Opposition dort versammelte und gegen das Verfassungsdekret Mursis protestierte. Der Konflikt verschärfte sich, die ohnehin im Hintergrund schwelende, weltanschauliche radikale Polarisierung entlud sich daraufhin sogar in gewalttätigen Auseinandersetzungen zwi-

schen beiden Lagern (vgl. zur Frage politischer Gewalt etwa Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 61).¹⁹

»Schau mal, die Muslimbruderschaft sagt immer, dass die Säkularisten gegen die Demokratie geputscht hätten. Die Muslimbruderschaft ist keine Organisation, die die Demokratie anstrebt. [...] Die Art, wie das Verfassungsdekret [durch Mursi] erlassen wurde, und wie sie sich danach verhalten haben, das war eine Katastrophe! Sie haben das Land in Richtung Bürgerkrieg gestoßen.« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 21). [...] »Vor dem Präsidentenpalast, am 5. Dezember 2012, war ich persönlich anwesend und zum ersten Mal in meinem Leben habe ich Ägypter gesehen, die gegeneinander kämpfen. [...] Ich habe den Beginn eines Bürgerkriegs erlebt. Weil sie, die Anhänger*innen der Muslimbruderschaft und Präsident Mohammed Mursis, standen neben dem Palast und wir standen ihnen gegenüber, während sie Allahu Akbar riefen und uns angriffen und wir sie angriffen, um sie zu schlagen, sie warfen auf uns Molotov-Cocktails, wir warfen auf sie Molotov-Cocktails, sie schossen auf uns und einige von uns schossen auf sie – WOW!« (Ebd.: Absatz 23)

Zugleich setzte die Muslimbruderschaft die gleichen denunziatorischen und diffamierenden Behauptungen ein, die sie im Konflikt um das Verfassungsreferendum einsetzte, um ihre Gegner und ihren Protest zu diskreditieren, was die Krise noch verschärfte. Demnach seien ihre Gegner Christen, Ungläubige (*kuffar*), die gegen »Gott und Islam« seien, weil sie gegen das Verfassungsdekret von Mursi vor dem Präsidentenpalast demonstrierten (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 21; Schielke 2014: 6). Mit dieser gezielt eingesetzten identitätspolitischen Komponente, mobilisierte sie ihre Anhänger*innen und versuchte die eigenen Reihen angesichts der politischen Polarisierung zu schließen. Zugleich riskierte sie mit dieser Rhetorik eine weitere Radikalisierung und Eskalation des

19 Diese blutige Episode im Transitionsprozess, an deren Ende elf Tote und hunderte Verletzte standen, ist bis heute hochumstritten unter Anhänger*innen und Gegner*innen der Muslimbruderschaft, weil es extrem schwierig bleibt, die Kette der Ereignisse nachzuzeichnen: Während die einen der Muslimbruderschaft vorwerfen, den legitimen Protest der säkularen Opposition gewalttätig unterdrückt zu haben, sprechen Anhänger*innen der Muslimbruderschaft von einem zurückgeschlagenen Putschversuch der säkularen Opposition. Der später gestürzte Präsident Mursi sollte u.a. wegen der Zusammenstöße am Ittihadiya-Palast – in einem politischen Schauprozess – zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt werden, weil er seine Anhänger*innen angeblich zur Gewalt aufgestachelt hätte, vgl. Ibrahim (2015); Associated Press in Cairo (2012); vgl. Schielke (2014: 6); vgl. Said (2020). Für Augenzeugenberichte, Interpretationen und filmische Zeugnisse der Ereignisse am Ittihadiya-Palast, vgl. Al Jazeera (2014); Shukrallah (2013c); Vannetzel (2016: 55ff.). Einen detaillierten Bericht, der mit Hilfe von Interviews mit Beteiligten erstellt wurde, liefert die Menschenrechtsorganisation Cairo Institute for Human Rights Studies (2012).

Konflikts (vgl. zu Radikalisierungsprozessen in Episoden von Contentious Politics Tilly/Tarrow 2015: 138f.):

»Sie pflanzten die Samen der Angriffe gegen die christlichen Ägypter, indem sie behaupteten, dass die Mehrheit der Demonstranten vor dem Präsidentenplast koptische Christen seien. Das war eine Katastrophe! Denn so sagst du, dass die Christen gegen dich sind, gegen den Islam und gegen Gott [...].« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 21)

Die Muslimbruderschaft sah sich und ihre Handlungen als Hüterin und Beschützerin der Revolution und ihrer demokratischen Errungenschaften (Ibrahim 2015). Die Bemühungen der säkularen Opposition, ein Bündnis gegen sie zu schmieden, welches Neuwahlen und den Rücktritt Mursis anstrebte sowie die Organisation von Massenprotesten war aus ihrer Perspektive ein Putsch gegen ihre demokratisch legitimierte Herrschaft. Transformationstheoretisch muss dies als nicht-eingehegte Form des Ringens (*transgressive contention*) gelesen werden, als Versuch, die Opportunitätsstrukturen weiter zu Gunsten der säkularen Opposition zu verschieben, nachdem diese sich in Teilen durch das illiberale Verfassungsdekret Mursis verschoben hatten und die Stimmung im Land zusehends kippte.

Denn²⁰ die Konflikte um Mursis Verfassungsdekret deuten auf ein schwerwiegendes strategisches Versäumnis der Muslimbruderschaft hin: Die Organisation hat es nicht verstanden, sich von einer Klientelpartei zu einer Partei zu wandeln, die versuchte, die Interessen eines möglichst breiten Spektrums sozialer Milieus in den politischen Prozess einzubeziehen (vgl. auch Gürsoy 2017: 179ff.). Verheerend auf den Transitionsprozess wirkte dieses Versäumnis insbesondere deshalb, weil sich Ägypten nach wie vor in einer revolutionären Situation befand, die geprägt war von Streiks, andauernden Demonstrationen und gesellschaftlichen Konflikten, in denen die zukünftige Ausrichtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausgehandelt wurde (vgl. zum Ausmaß kollektiver Aktionen wie Streiks Beinin 2013). Der autoritär-konservative Regress der Muslimbrüder in Form der in Teilen illiberalen Verfassungsdekrete und der sektiererisch-identitären Ansprache, an dem sich auch deren oberflächlich-formalistisches Verständnis von Demokratie offenbarte, steht nicht nur auf einer Ebene mit dem gescheiterten Versuch des SCAF, sich die Macht durch die Dekrete im Juni 2012 in autokratischer Manier anzueignen, sondern wirkte auch als Konfliktkatalysator und radikalisierender Faktor auf die säkulare Opposition, die ihre politische Identität zunehmend aus der radikalen Polarisierung mit der Muslimbruderschaft ableitete. Die zunehmende Konvergenz im säkularen Lager ging auf Kosten ihrer Bündnisfähigkeit mit der Muslimbruderschaft.

20 Dieser Absatz beruht auf Mustafa (2014b: 27f.).

Es zeigt sich hier sehr deutlich, dass die Einführung von formaldemokratischen institutionellen Arrangements nur als erster Schritt bezeichnet werden muss, eine durchdringende Demokratisierung der politischen Verhältnisse eine dauerhafte Liberalisierung erfordert, die alle politischen Akteur*innen gleichermaßen in die Lage versetzt, ihre Interessen zu artikulieren. In einem weiteren Schritt der Konsolidierung muss sich eine staatsbürgerschaftliche politische Kultur entwickeln, in deren Mittelpunkt die Anerkennung politischer Differenzen liegt (Almond/Verba 1963).

Weil dies nicht gegeben war, wurden außerinstitutionelle Maßnahmen, die zum Ziel hatten, die durch Wahlen legitimierte Herrschaft der Muslimbruderschaft zu stürzen, durch Bezug auf ein Narrativ begründet, welches der Muslimbruderschaft im Kern außerinstitutionelles Verhalten vorwarf. Ein weiteres Mal zeigt dies die instrumentelle und geradezu paradoxe Beziehung, die säkulare Oppositionelle zu demokratischen Verfahren und dem Transitionsprozess an sich hatten. An dieser Stelle ist es auch legitim, die grundsätzliche Frage nach ihrer Demokratiefähigkeit zu stellen.

Die Konfliktfähigkeit des säkularen Lagers blieb jedoch hinter derjenigen der Muslimbruderschaft zurück. Zwar verkündete Mursi am 9. Dezember 2012 in Teilen eine Rücknahme des umstrittenen Verfassungsdekrets (Ali/Maher 2012). Al-Baradei, seit 5. Dezember 2012 Generalkoordinator der Nationalen Rettungsfront, reagierte mit einer Kampfansage auf Mursis Entscheidung anstatt deeskalierend auf die Muslimbruderschaft zuzugehen und ihr ein Angebot für ein gemeinsames Vorgehen gegen den SCAF anzubieten: »Wir müssen unseren Widerstand und unseren friedlichen Ungehorsam weiter eskalieren« (BBC News 2012b). Die Rettungsfront lehnte das Verfassungsreferendum über die neue Verfassung ab. Es fand dennoch am 15. und 22. Dezember 2012 statt, die neue Verfassung wurde mit 64 % der Stimmen verabschiedet. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 33 % (Stamboliyska 2012).

Die Nationale Rettungsfront blieb weiter von internen Spannungen, politischen Grabenkämpfen und erratischen politischen Entscheidungen ihrer Führungsriege geprägt. So schlug sie die von Mursi ausgerufenen Sitzungen eines »Nationalen Dialogs« erst aus²¹, stellte ihm dann fünf Bedingungen für die Teilnahme. Das Verfassungsreferendum wollte sie erst boykottieren, nur um ihre Anhänger*innen dann aufzufordern, mit Nein zu stimmen. Auch die für das Frühjahr 2013 angesetzten parlamentarischen Neuwahlen wollte sie boykottieren, wenn die Muslimbruderschaft nicht auf ihre Forderungen nach einem neuen Wahlgesetz und einer Reform der erst verabschiedeten Verfassung eingehen würde (Aboulenein 2013; Ahram Online 2013a, 2013b; Al Jazeera English 2013; Ali/Maher

21 Der Sprecher der Nationalen Rettungsfront beantwortete Mursis Aufforderung zu einem Dialog mit den Worten: »Talk with yourself and your party«, vgl. Al Jazeera English (2013).

2012; Carnegie Endowment for International Peace 2013b; Dunne/Hamzawy 2017: 19ff.; Mustafa 2013a; Nawara 2013; Salah 2013).

Es zeigt sich hier ein weiteres Mal, dass die Feindschaft zur Muslimbruderschaft zwar weite Teile des säkularen politischen Spektrums zu mobilisieren vermochte; doch wie sich bereits bei der Analyse des Wahlbündnisses Ägyptischer Block gezeigt hat, ist der kleinste gemeinsame Nenner in Form der Nicht-Anerkennung des Repräsentationsanspruchs der Muslimbruderschaft nicht genug, um disparate politische Strömungen dauerhaft zu einen und damit nachhaltig konfliktfähig zu agieren (vgl. oben Kap. IV-12.1.1.1).

Erst einige Monate später, mit der Bewegung Tamarrud, und einer breiten Massenmobilisierung, stieg die Konfliktfähigkeit der Säkularen im Ringen mit der Muslimbruderschaft. Die Nationale Rettungsfront gerierte sich als politische Speerspitze von Tamarrud, beteiligte Parteien stellten Tamarrud ihre Büros zur Verfügung und ehemalige (oder besorgte?) Befürworter*innen des Demokratisierungsprozesses trommelten an der Seite von Regimefiguren für Neuwahlen und eine Absetzung von Mohammed Mursi (Kingsley 2013d).

Zwei Dinge sind zusammenfassend hervorzuheben: Mit zunehmender politischer Polarisierung bedienten sich die Akteur*innen der Opposition außerinstitutioneller Mittel, um ihren Machtanspruch und die eigene Deutungshoheit gegen den jeweiligen Gegner durchzusetzen. Während die Muslimbruderschaft ihren Hauptgegner im SCAF ausmachte und versuchte, diesen durch strategische Manöver auf der institutionellen Ebene zu neutralisieren, sah die säkulare Opposition das Agieren der Muslimbruderschaft im Ringen mit dem SCAF als Versuch, sich die absolute Macht anzueignen. Sie ging ihrerseits dazu über, sich nicht-ingelegter Formen des Ringens zu bedienen, um die Muslimbruderschaft zu konfrontieren. Der eigene Demokratisierungsanspruch wurde zu diesem Zweck in der irrigen Annahme zurückgestellt, dass dies zum Wohle der Demokratie geschehe und ihre Opportunitätsstrukturen erweitere.

Die im Zuge dieses Ringens aktivierten und überbetonten identitätspolitischen Bezüge zeigen darüber hinaus die inhaltliche Leerstelle innerhalb des säkularen Lagers auf und bestätigen frühere Befunde, wonach ihre Bündnisfähigkeit direkt abhängig ist von der identitätspolitischen Konfrontation mit der Muslimbruderschaft.

13.5 Konterrevolution und das Ende des Transitionsprozesses II: Tamarrud

Tamarrud (*Rebellion*) stellt im Transitionsprozess in verschiedener Hinsicht eine Zäsur dar. Es war eine breite Sammlungsbewegung, die im Frühjahr 2013 von Akti-

vist*innen von Sabbahis Popular Current-Bewegung ausging²², Fahrt aufnahm und viele Millionen Unterschriften sammelte²³, um den Rücktritt Mursis und Neuwahlen zu erzwingen sowie die Muslimbruderschaft von ihrem autoritären Kurs abzubringen. Ihre wenigen Forderungen waren bewusst breit angelegt, so dass möglichst viele Menschen ihrem Aufruf folgen würden. In diesem Sinne taugt Tamarrud nicht, es als Beispiel für eine Bündnisbildung zu analysieren, die innerhalb der Institutionen nach Veränderung strebt. Vielmehr muss die Kampagne zumindest vom Ergebnis her als konterrevolutionäre Mobilisierungskampagne beschrieben werden, die darauf abzielte, erzielte demokratische Fortschritte im Dienste einer partikularistischen politischen Interpretation rückgängig zu machen.

Stichtag der Mobilisierungen und Unterschriftenaktion war der 30.06.2013. Deshalb ist in manchen Kreisen auch von der Revolution des 30. Juni die Rede. Diese *zweite* Revolution wird der ersten Revolution vom 25. Januar jedoch nicht entgegengestellt, sondern von Unterstützer*innen der Tamarrud-Kampagne als deren *Rettung* bzw. als *zweite Revolution* dargestellt (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 43; Bayat 2017: 151; El Gundy 2013; Mourad 2013b). Mit diesem Manöver soll Deutungshoheit über die Ereignisse (wieder-)erlangt und Legitimität für die Mobilisierungskampagne erzeugt werden.

Allerdings gab es von Anfang an Hinweise darauf, dass Tamarrud von Anhänger*innen des alten Regimes durchsetzt, finanziert und getragen wurde, um die alte Ordnung wiederherzustellen und gemachte Liberalisierungen zurück zu drehen. Recherchen der New York Times nach dem Putsch ergaben, dass der Milliardär, Gründer der Partei der Freien Ägypter und alte Mubarak-Freund Naguib Sawiris sowie die ehemalige Vize-Vorsitzende des Obersten Verfassungsgerichts, Tahani Gebali, die Tamarrud-Kampagne maßgeblich finanziert und beraten haben. Gebali gab später zu verstehen, dass sie der Bewegung geholfen habe, »eine Strategie zu entwickeln, die es erlaubt, sich direkt an das Militär zu wenden, um Präsident Mursi aus dem Amt zu jagen und die Übergangsregierung in die Hände des Vorsitzenden des Obersten Verfassungsgerichts zu geben« (Hubbar/Kirkpatrick 2013). Alte Seilschaften, Zugang zu den höchsten Kreisen der Macht des alten Regimes im Innenministerium und den Geheimdiensten sind immaterielle Ressourcen, die der Bewegung einen großen Vorteil bescherten und ein Beleg dafür, dass die Struktur

22 Eine alternative Perspektive schreibt den Beginn der Kampagne der Kefaya-Bewegung zu, die sich Mitte der 2000er Jahre gegen die Herrschaft Mubaraks gebildet hatte, vgl. Kingsley (2013d).

23 Erklärtes Ziel der Kampagne war, 15 Millionen Unterschriften zu sammeln, drei Millionen mehr, als Mursi bei seiner Wahl erhalten hatte. Während die Kampagne im Juni behauptete, ihr Ziel erreicht zu haben, sprach die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbruderschaft von lediglich 170.000 gesammelten Unterschriften, vgl. Lust et al. (2013: 276).

der Machtverteilung in Ägypten während des Transitionsprozesses eigentlich nie angetastet wurde.

Tamarrud mobilisierte und einte das säkulare Lager auf eine Weise, wie sie in den zwei Jahren zuvor nicht zu beobachten war. Praktisch alle wesentlichen säkularen Parteien (die auch in der Nationalen Rettungsfront organisiert waren) sowie öffentlichen Persönlichkeiten traten für die Bewegung ein²⁴ (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 85; Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 21; Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 83; Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 79; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 80; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 147-150; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 130; Lust et al. 2013: 275f.). Die Partei von Naguib Sawires, die Freien Ägypter, stellte Tamarrud auch ihr Hauptquartier in Kairo zur Verfügung (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 79).

Der allgemeine Deutungsrahmen der Mobilisierung war eindeutig und spiegelt die bisher beobachtete Polarisierung der politischen Arena wider: Die Muslimbruderschaft ist nicht nur ein politischer Feind, den es zu bekämpfen gelte, sondern sie ruiniere das Land und treibe es in eine neue Art von (religiöser) Diktatur. Aus der Perspektive der säkularen Opposition galt es, ein Festhalten der Muslimbruderschaft an der Macht zu verhindern, damit sie den von Vielen befürchteten *Bruderstaat* nicht in die Realität umsetzen konnte, so das Narrativ der Gegner*innen der Muslimbruderschaft (vgl. für den wiederholten Vorwurf von Seiten der Nationalen Rettungsfront Nawara 2013):

»Der andere [Mursi] hätte Béret und Häkelmütze aufgehaut – er wäre die militärische und die religiöse Autorität gewesen. Und das Volk ist hungrig, unwissend und arm! D.h. Du führst sie mit der Religion hinters Licht und schüchterst sie mit der Armee ein. So hätte er zwei Autoritäten vereint – wenn sie die Herrschaft erlangt hätten. Wenn sie fünf, sechs, sieben Jahre geblieben wären, dann hätten sie sich in der Armee festgesetzt, in der Polizei, in der Gerichtsbarkeit.« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 182)

24 Selbst die salafitische Partei des Lichts, zweitgrößte parlamentarische Kraft nach der Muslimbruderschaft, schloss sich Anfang des Jahres 2013 der Nationalen Rettungsfront an, weil sie den Dominanzanspruch der Muslimbruderschaft ablehnte und ihr vorwarf, das Land nicht führen zu können, vgl. Mourad (2013a). Allerdings hielt sie sich mit Forderungen nach Neuwahlen zurück und beteiligte sich folglich nicht an den Demonstrationen des 30.06. Auch die während der Revolution gegen Mubarak gegründete unabhängige Gewerkschaft EFITU beteiligte sich an Tamarrud. Ihr Gründungsvorsitzender Kamal Abu Eita, nasseristischer Politiker und Gründungsmitglied der linken Partei der Würde (*hizb al-karama*), stieg unter as-Sisi sogar zum Minister für Arbeit und Migration auf, vgl. dazu Beinlin (2013).

Lust et al. behalten recht mit ihrer Diagnose, dass die Demokratisierung in islamisch geprägten Gesellschaften nicht an der Präsenz vermeintlich undemokratischer islamischer Akteur*innen scheiterte, sondern an der Dialektik zwischen säkularen und islamischen Akteur*innen (2013: 18). Selbst wenn islamische Akteur*innen wie die Muslimbruderschaft am demokratischen Prozess partizipieren (wollen), so zweifelten ihre Gegner dennoch an deren Absichten und orientierten sich in Richtung Regime.

Die Parteienmatrix aus Abbildung 3 & 4 (Kap. II-6.2) muss ab Frühjahr 2013 in ihrer Dimension Staatsnähe/Staatsferne dahingehend verschoben werden, als die meisten Parteien aus dem säkularen Spektrum, die sich an Tamarrud beteiligten, nun als staatsnah bezeichnet werden müssen, wenn man die im SKOG-Ansatz zugrunde gelegte Definition strategischer und konfliktfähiger Gruppen als Basis für die Bewertung nimmt: Setzt eine Gruppe ihre Ressourcen für den Erhalt des Systems ein, dann gilt sie als strategische Gruppe, setzt sie ihre Ressourcen ein, um die Macht- und materiellen Aneignungschancen bestimmter Gruppen und Klassen zu verändern, so gilt sie als konfliktfähige, oppositionelle Gruppe. Zwar war die Muslimbruderschaft zu diesem Zeitpunkt an der Macht; jedoch war die Muslimbruderschaft im Sinne des SKOG-Ansatzes diejenige Gruppe, die versuchte den grundsätzlichen Modus des Herrschaftszugangs zu ändern. Die säkularen Parteien, die ihre Kräfte bündelten und gegen die Muslimbruderschaft richteten, müssen spätestens ab Frühjahr 2013 als restaurative Akteur*innen begriffen werden, die sich für den Erhalt des politischen Systems einsetzten.

Für den Transitionsprozess bedeutete dies, dass die Muslimbruderschaft dem SCAF und einem disparaten Block aus hauptsächlich säkularen Parteien und sozialen Bewegungen gegenüber stand, der sie zunehmend unter Druck setzte. Die Interessenkonvergenz in dieser Frage steigerte die Konfliktfähigkeit des säkularen Lagers in massiver Weise: Demonstrationsaufrufe hatten plötzlich eine viel größere gesellschaftliche Resonanz, als vor der Zuspitzung des Konflikts mit der Muslimbruderschaft.

In Teilen der säkularen Opposition wurde nicht nur billigend in Kauf genommen, dass das Militär Mursi aus dem Amt entfernen würde, sondern spätestens seit Januar 2013 wurde aktiv darauf hingearbeitet (Dunne/Hamzawy 2017: 20; Gürsoy 2017; Rougier/Lacroix 2016b: 10). Die weitgehende institutionelle Autonomie des Militärs in Ägypten führte allerdings dazu, dass es Mursi nicht nur aus dem Amt entthob, um einen Vertreter der säkularen Opposition als Präsidenten einzusetzen, wie vielleicht von vielen Anhänger*innen von Tamarrud oder der Nationalen Rettungsfront erwartet, sondern, dass es die vollständige Macht im Land übernahm und alle Liberalisierungen des Transitionsprozesses in den folgenden Jahren wieder zurücknahm (Snyder 1992: 38off.).

Damit muss die Zuhilfenahme des Militärs, welches trotz der Repressionen während des Transitionsprozesses in weiten Teilen der Bevölkerung seinen Ruf als

Hüter der nationalen Ordnung nicht eingebüßt hatte, als strategischer Fehler der säkularen Opposition eingeordnet werden. Mehr noch: Die Absicht, eine demokratische Ordnung unbedingt durchsetzen zu wollen, muss bei vielen Parteien im säkularen Lager angezweifelt werden. Die Frage, ob eine oppositionelle Bewegung während eines Transitionsprozesses erzielte Fortschritte im Machtkampf um die Demokratisierung mit anderen Fraktionen der Opposition angreifen darf, muss dennoch gestellt werden, berührt sie doch den Aspekt der politischen Anerkennung abweichender Projekte und Visionen für die Zukunft eines Landes: Ähnlich wie bereits 2011, als Mubarak gestürzt wurde, war auch 2013 kein konstruktives Staatsprojekt zu erkennen, für das die säkularen Parteien eintraten oder propagierten. Die Anerkennung eines Staatsprojekts der Muslimbruderschaft – wie auch immer das im Einzelnen ausgesehen hätte – war aus machtpolitischen Gründen für sie nicht möglich. Sie wählte die Form der Straßenpolitik und des Drucks auch, weil sie nicht die nötigen Ressourcen hatte, um im asymmetrischen Ringen mit der Muslimbruderschaft in institutionalisierten Verfahren des Interessenausgleichs zu bestehen. Politisch mag dieses Vorgehen aus der Sicht der säkularen Parteien legitim gewesen sein. Doch im Hinblick auf den Gesamtprozess war ihr Vorgehen ein strategisches Desaster, weil sie das Militär praktisch die Legitimation für den späteren Putsch lieferte.

Mit einer diskursiven Unterfütterung der Mobilisierung gegen die Muslimbruderschaft, die Ängste und Klassenressentiments schürte (»Das Volk ist hungrig, unwissend und arm«), taten sich in Ägypten im Verhältnis von sozialer Handlungsmacht und Opportunitätsstrukturen neue Felder für die säkulare Opposition auf. Dass dies mit dem Rückbezug auf paternalistisch-klassistische Argumentationsmuster und damit auf der Betonung der historischen Konfliktlinie zwischen säkularem und islamischem Nationalismus geschah sowie dem Schüren von Ängsten in der Bevölkerung vor einer Diktatur, die angeblich schlimmer sein würde, als diejenige unter Mubarak, ist gewiss kein unbedeutendes Detail, sondern muss als absichtsvolle strategische Orientierung benannt werden sowie als weiterhin wirksames Strukturmerkmal der neopatrimonial geprägten politischen Kultur in Ägypten.

Das paternalistisch-klassistische Argumentationsmuster setzte sich in Narrativen fort, die explizit den Deprivilegierten sowie der Führung der Muslimbruderschaft die Verantwortung für den Putsch zuschrieben. Der von säkularen Akteur*innen im Transitionsprozess konstruierte Interessengegensatz zwischen der verarmten, angeblich »dummen« und marginalisierten Mehrheit²⁵ auf der einen

25 Der von Vielen in der Demokratiebewegung geradezu als Heilsbringer dargestellte Mohamed al-Baradei denunzierte die Anhänger*innen der Muslimbruderschaft etwa als Analphabet*innen, die Vize-Vorsitzende des obersten Gerichts in Ägypten, Tahani al-Gebali, die maßgeblich an der Ausarbeitung der Tamarrud-Strategie zum Sturz Mursis mitgewirkt hatte,

Seite, die angeblich nicht weiß, was Demokratie ist und der bürgerlichen Mittelschicht, die aber nach Freiheit und Demokratie strebt, muss als wesentliches Strukturmerkmal des politischen Prozesses – insbesondere auch während der Mobilisierungen zu Tamarrud – erfasst und analysiert werden (vgl. auch oben die Analysen zu diesem Komplex im Zusammenhang mit der Konstituierung der Parteikteur*innen Kap. IV-10.3). Während sich die breite Bevölkerung (*popular classes*) des ländlichen Ägyptens und der urbanen Slums vornehmlich von der Muslimbruderschaft und Mursi repräsentiert fühlten²⁶, auch weil sie seit vielen Jahren durch deren Wohlfahrtsapparat unterstützt wurden, wandten sich urbane Mittelschichten zunehmend von der Muslimbruderschaft ab, fühlten sich auch in ihrem Lifestyle bedroht (vgl. für eine Klassenanalyse des postrevolutionären Ägyptens Alnasseri 2016b).

Die quasi-feudale Strukturierung der Gesellschaft, die ihren Widerhall in der Selbstpositionierung spezifischer Akteur*innen im säkularen Spektrum gegenüber der Muslimbruderschaft fand, wirkte als ideologisches und polit-kulturelles Hemmnis. Im Sinne einer kritischen Demokratietheorie können diese polit-kulturellen Elemente als »verborgene Herrschaftsmomente« benannt werden (Schaffar 2018: 164). Die für eine durchdringende Demokratisierung notwendige *integrative Überwindung* sozialer Disparitäten und damit verbundener gruppen- und klassenspezifischer Herrschaft muss mit einer gesellschaftlichen Überwindung dieser ideologischen Strukturen einhergehen (vgl. Lust-Okar 2011: 167, die von einem Mangel demokratischer Governance in zivilgesellschaftlichen Organisationen spricht; vgl. dazu auch: Merkel et al. 1996a).

Die Polarisierung zwischen den politischen Lagern nahm mit sich beschleunigender Mobilisierung ganzer Gesellschaftsschichten im Frühjahr 2013 jedoch zu, der Legitimitätsvorsprung der Muslimbruderschaft nahm ab. Hinzu kam eine ökonomische Krise, die die politische Krise verschärfte (Demmelhuber 2014; Perthes 2013; Roll 2013). Der SCAF nutzte seine Patronagenetzwerke, die im Laufe der Transition nie in Gefahr gerieten, um die Mursi-Regierung ökonomisch und politisch unter Druck zu setzen und ihre Legitimität anzugreifen: Seine Verfügungsgewalt über wichtige Ressourcen und Netzwerke nutzte er, um eine künstliche Benzin- und Devisenknappheit zu erzeugen sowie Teile des Sicherheitsapparats im Frühjahr 2013 in den Kasernen zu lassen, sodass das subjektive Sicherheitsgefühl auf

wollte das Stimmrecht der Wähler*innen nach ihrem Bildungsgrad gewichten, vgl. Gresh (2011: 7); Roß (2013).

26 Zwar ist die Muslimbruderschaft seit Jahrzehnten im städtischen Kleinbürgertum und z.T. im ländlichen Ägypten verankert, auch aufgrund ihres gut ausgebauten Wohlfahrtssektors. Ihre Wirtschaftspolitik basiert allerdings auf einer neoliberalen Idee, die sich kaum von derjenigen unter Mubarak unterscheidet und von einem ehemaligen Mitglied der Muslimbruderschaft sogar als »radikaler Kapitalismus« beschrieben wurde, Adly (2016); vgl. Mustafa (2013b: 179ff.), vgl. Hansen (2012); Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (2011).

den Straßen bei breiten Teilen der Bevölkerung schwand (Ahram Online 2013c; Heydeman 2004; Ketchley 2017: 109). Seine exzellenten Kontakte in den arabischen Golf nutzte er, um die dortigen Herrscher zu überzeugen, während Mursis Präsidentschaft dringend benötigte Hilfszahlungen an das Land zu reduzieren (Mustafa 2014b; Perthes 2013).

Dies schränkte die Steuerungsfähigkeit der Muslimbruderschaft massiv ein, politische Stabilität durch die Distribution von Systemleistungen zu erzeugen. Sie war in dieser Situation vom SCAF ausmanövriert worden; ihr großer Wohlfahrtsapparat konnte ihr angesichts des Wirtschaftsstillstands nicht helfen. Die (Re-)Aktionen der Muslimbruderschaft in Form von repressiven Maßnahmen wie Verhaftungen, Einschränkung von Bürgerrechten, Rufmordkampagnen gegen die säkulare Opposition (Apostasievorwürfe, Spionage, sexuelle Verfehlungen etc.), Medienkampagnen sowie Verprügeln von Demonstrant*innen auf der Straße führten nur zu weiterer Polarisierung (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 123; 149; Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 29; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 96; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 180; Aboulenein 2013).

Das Bündnis Tamarrud gewann dadurch an Kohäsion, Forderungen nach – aus seiner Sicht – wahrer Demokratie und Liberalisierungen konnten plötzlich mit neuer Legitimität gestellt werden, einzelne Sachfragen, die das säkulare Lager vielleicht vor unüberbrückbare Differenzen gestellt hätten, rückten angesichts der Bedrohung ins Hintertreffen (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 56). Die Sammlung hinter dem einen großen Ziel ließ für einige Monate bestehende politische und ideologische Differenzen in den Hintergrund rücken.

Die Muslimbruderschaft wiederum versuchte Demokratisierungsversäumnisse ursächlich auf den SCAF und dessen Blockadepolitik sowie sein repressives Vorgehen abzuwälzen. Dies führte jedoch nur zu einer Bestätigung der Protestbewegung und einer Verstärkung ihrer Rücktrittsforderungen gegenüber Mursi:

»Jedes Mal, wenn wir den Muslimbrüdern etwas vorgeworfen haben, sagten sie ›Wir haben nichts unter unserer Kontrolle, wir haben das nicht getan, das ist das Innenministerium, das Militär, das Regime.« Ok, wenn das so ist: ›Geht, tretet ab und lasst uns die Auseinandersetzungen mit ihnen führen!‹ Jedes Mal, wenn wir etwas kritisieren, heißt es ›wir sind das nicht gewesen«. Ok, dann geht halt, geht mit Gott, aber geht und überlasst sie uns. Wir kümmern uns um sie [Innenministerium, Militär...].« (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 113)

Es ist plausibel, dass die Muslimbruderschaft auf diese Art der Aushandlung nicht einging. Sowohl demokratiethoretische als auch strategisch-machtpolitische Erwägungen stehen dem im Wege und offenbaren ein weiteres Mal die demokratischen Defizite der säkularen Opposition. Aber auch die Muslimbruderschaft trug zur Polarisierung der Situation bei. Präsident Mursi verteidigte sich und die

Muslimbruderschaft in einer Rede am 26.06.2013, nicht ohne Fehler zuzugeben, bestand aber darauf, »Feinde Ägyptens« für die »Destabilisierung des demokratischen Systems« verantwortlich zu machen, was die Opposition strikt ablehnte (Ahram Online 2013c; El Gundy 2013; Kingsley 2013b). Allerdings bestanden die Muslimbruderschaft und ihre Anhänger*innen, denen das demokratische Defizit der säkularen Opposition nicht entging, auf die Einhaltung demokratisch-prozeduraler Mindeststandards:²⁷

»You come by the ballot box, and you go by the ballot box. It's not right that a section of society should bring him [Mursi] down just because they don't think he is good for the country.« (Kingsley 2013c, der einen Anhänger der Muslimbruderschaft aus der ländlichen Peripherie zitiert)

Bekanntlich kam es anders. Der SCAF stürzte Präsident Mursi und übernahm die Kontrolle am 3. Juli 2013 nach Ablauf eines 48-Stunden-Ultimatums an Mursi, die Macht freiwillig abzugeben (Ahram Online 2013d). Viele zivilgesellschaftliche Bewegungen und Parteien haben diesen Schritt nicht nur ermöglicht, sondern mitgetragen, darunter die Nationale Rettungsfront, die Partei des Lichts, kleinere islamische Parteien sowie Hoffnungsträger al-Baradei (Ahram Online 2013d, 2013e).²⁸ In einer symbolischen Geste standen u.a. al-Baradei, der koptische Papst Tawadros II, Vertreter der Partei des Lichts sowie der Sheikh und Imam der Al-Azhar Moschee hinter General Abdel Fattah as-Sisi, als er die Erklärung verlas, mit welcher die Absetzung von Mohammed Mursi bekanntgegeben wurde (Weaver/McCarthy 2013; vgl. auch Yousif 2015).

Nach der Machtübernahme durch das Militär und Abdel Fattah as-Sisi am 3. Juli 2013 wurde zunehmend klar, dass Tamarrud maßgeblich als Gegenmaßnahme, als Konterrevolution des Militärs, im Verbund mit Saudi-Arabien, anderen Staaten des Golf-Kooperationsrats und den Sicherheitsdiensten, (mit-)initiiert, finanziert und orchestriert wurde, um die Muslimbruderschaft von der politischen Bühne zu drängen (Demmelhuber 2014; Farouk 2014; Hubbar/Kirkpatrick 2013; Perthes 2013; Roll 2013).

Die Haltung im säkularen Lager zur politischen Entwicklung nach dem Putsch war weniger eindeutig: Er wurde nicht gutgeheißen, aber als nicht überraschend bewertet. Die eigene Rolle wurde kleingeredet und die Beteiligung an Tamarrud

27 Überhaupt rückte die Frage nach der Legitimität außerinstitutioneller Mittel zur Erhaltung bzw. Durchsetzung der Demokratie in den Mittelpunkt säkularer Diskurse. Demokratie, so das Hauptargument säkularer Rechtfertigungen von Tamarrud, werde nicht an der Wahlurne erreicht, sondern auf der Straße erkämpft, Souief (2013); Shukrallah (2013a).

28 Vgl. für eine Auflistung aller Beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen Lust et al. (2013: 278, FN 441).

als alternativlos dargestellt bzw. als Form des politischen Widerstands gegen Autoritarismus (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 113; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 80; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 82; 185-190).

Zum Teil wird sogar zugegeben, dass Tamarrud und die Nationale Rettungsfront sich bewusst vom SCAF haben instrumentalisieren lassen, um die Muslimbruderschaft zu stürzen. Dies entspricht sogar theoretischen Erwartungen in hochumstrittenen Transitionsprozessen. Ketchley verweist darauf, dass in Zeiten »institutioneller Ambiguität« staatliche Akteure zu außerinstitutionellen Maßnahmen von *Contentious Politics* greifen können (*elite facilitated contention*), etwa in Form von false-flag-Operationen, Einsatz para-staatlicher, krimineller Akteure oder auch der Mobilisierung der Opposition, um zivile Regierungen in Transitionsprozessen zu Fall zu bringen (2017: 107ff.):

»Und wir als Menschen, die sich Sorgen um den zivilen Staat (*daula madaniya*) gemacht haben und das zivile (*madaniy*) Gesicht der Revolution vom 25. Januar waren, haben auch Widerstand geleistet. [...] Damit sie [Muslimbruderschaft] nicht sagen, dass das ein Putsch ist, haben die Streitkräfte uns an die Front gestellt. Wir, die Nationale Rettungsfront, waren die Front der zivilen Opposition gegen das Regime der Muslimbruderschaft und von uns sowie der Bewegung Tamarrud gingen alle Demonstrationen gegen die Muslimbruderschaft aus.« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 23)

Die Re-Autoritarisierung des Staates, die Aufhebung der Liberalisierungen durch as-Sisis Regime werden ursächlich der Muslimbruderschaft zugeschrieben, die durch eine Militarisierung des Konflikts die Sicherheitslage verschärft habe und so dem SCAF die Legitimation gegeben habe, »ein Mandat zur Bekämpfung des Terrorismus zu fordern« (ebd.: Absatz 39). Am 1. Juli, dem Höhepunkt der Proteste gegen die Regierung von Mohammed Mursi, kam es dann zur vollständigen Konvergenz zwischen SCAF und säkularen Parteien:

»Und die Nachricht, die uns am 1. Juli erreichte, war/am 1. Juli war ich bei der letzten Sitzung der Rettungsfront dabei unter Anwesenheit von Dr. Mohammed al-Baradei. Er las am Anfang der Sitzung einen Brief des SCAF vor, in dem uns mitgeteilt wurde, dass er die Unterstützung der zivilen Parteien einfordert, die in der Nationalen Rettungsfront versammelt sind, weil »wir in eine Phase der gefährlichen Konfrontation mit terroristischen Angriffen eintreten.« Und gleichzeitig versichert der Brief, dass die Streitkräfte nicht vorhaben, an die Regierung zurückzukehren, und dass sie ihre Lektion aus der Phase direkt nach der Revolution gelernt haben, als der SCAF regierte, und dass ihre Sache der Schutz des Landes und die Durchführung von vorgezogenen Präsidentschaftswahlen ist. Und das ist es, was wir erreichen wollten: Durchführung von vorgezogenen Präsidentschafts-

wahlen. Die Sache verlief allerdings anders.« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 39)

Das Eingeständnis, wonach es »anders verlief« kommt der Wahrheit um Tamarud vielleicht am nächsten: Säkulare Opposition und Muslimbruderschaft waren Gefangene ihrer eigenen Agenden, hielten sich für die einzigen legitimen Repräsentanten des *Volks* bzw. der Revolution und verloren durch das Beharren auf der eigenen Position mögliche Konsequenzen aus dem Blick oder nahmen sie billigend in Kauf. Die strategisch-politische Blockade zwischen beiden oppositionellen Lagern ermöglichte dem Militär die Intervention, die es uneingeschränkt zurück an die Macht brachte (vgl. auch Kingsley 2013c).

Ein weiteres Mal weist dies auf die strategische sowie politische Unreife der oppositionellen Akteur*innen in Ägypten hin, den Transitionsprozess zu gestalten. Der Putsch und das darauffolgende repressive Verbot der Muslimbruderschaft und die Einkerkering, Tötung und Denunzierung ihrer Mitglieder und Anhänger*innen als terroristisch führte nicht zu einer Öffnung und Weitung der Gelegenheitsstrukturen für die säkulare Opposition, wie theoretisch vorausgesagt, sondern im Gegenteil zu deren sukzessivem Verbot²⁹ und einer Etablierung hart-autoritär Strukturen.

Die unerfüllten Erwartungen der Aktivist*innen mögen sich nach dem Putsch in erweiterter Protestbereitschaft niedergeschlagen haben; allein: die Bereitschaft des SCAF die Proteste nun mit aller Härte niederschlagen und dabei grobe Menschenrechtsverletzungen zu begehen, stieg in gleichem Maße an, da die am besten organisierte Oppositionsgruppe politisch und legal marginalisiert war.³⁰

Die Bereitschaft des SCAF nun auch vermehrt tödliche Gewalt einzusetzen und die Eliminierung der Muslimbruderschaft als Akteur auf der politischen Bühne bedeuteten für ihn einen strategischen Machtgewinn, der noch vor den Verboten zivilgesellschaftlicher Organisationen in den folgenden Jahren zu einer allgemeinen Demobilisierung führte. Viele Parteien verschwanden in der Bedeutungslosigkeit, nachdem sie sich über die Haltung zu Tamarud und as-Sisi z.T. mehrfach

29 So wurde auch die Bewegung 6. April im Frühjahr 2014 wegen des Vorwurfs des »Terrorismus« verboten. Heute, im Jahr 2021, sind praktisch alle politischen zivilgesellschaftlichen Organisationen verboten oder sehr stark reglementiert. Die Artikulation von politischem Dissens ist verboten, mehrere zehntausend politische Gefangene befinden sich im Gefängnis.

30 Hier sei nur kurz an das Rabaa-Massaker vom 14. August 2013 erinnert, welches das Militär an Unterstützer*innen der Muslimbruderschaft verübt hat, die sich aus Protest gegen den Putsch am Rabaa-Platz in Kairo versammelt hatten. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch sprach in einem ausführlichen Bericht von »ernsthaften Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, möglicherweise wurden sogar Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch das Regime verübt«. Die Gewalt gegen Unbewaffnete sei »unverhältnismäßig gewesen, das Massaker und der Tod von Tausenden seien geplant und vorsätzlich geschehen«, Human Rights Watch (2014: 5).

gespalten haben (Kap. IV-11.5). Die rasche Demobilisierung deutet überdies auf Schwierigkeiten der politischen Akteur*innen hin, der hohen Steuerungsfähigkeit des Staatsapparats, die sich in Repression niederschlug, etwas entgegenzusetzen. Die kaum ausgebildeten politischen Identitäten, die schwache Konsolidierung der Organisationsstruktur, die fehlende Geschlossenheit sowie der Verlust der Gallionsfigur al-Baradei nach dem Massaker am Rabaa-Platz führten im Prinzip zum totalen Kollaps der säkularen Parteien. Darüber hinaus zeigt sich in diesem Zusammenhang ein weiteres Mal, dass die Parteien keine Bindungskräfte entwickelten, die Teilnehmer*innen über ein spezifisches mobilisierendes Ereignis hinaus an die Bewegung banden. Der SCAF konnte seinerseits seine nationalistisch aufgeladene Agenda eines »Egypt first« durchsetzen und große Teile der Opposition zunächst kooptieren (Elbenni 2017a, 2017b; Kandil 2016; Mustafa 2014a).

Aus heutiger Sicht muss festgehalten werden, dass der Transitionsprozess zum Erliegen gekommen, der demokratisch gewählte Präsident Mohammed Mursi tot ist.³¹ Alle Liberalisierungen wurden wieder aufgehoben und der große Hoffnungsträger vieler Demokratieaktivist*innen, Mohammed al-Baradei, begnügt sich seit seinem Rücktritt als Interimspräsident im August 2013, als er aus Protest gegen das Rabaa-Massaker das Land verließ, die politische Lage Ägyptens auf Twitter zu kommentieren.

Am Ende ergibt sich ein Bild des (vorerst) gescheiterten Transitionsprozesses, in welchem die Zentralität des SCAF als Akteur nicht genug betont werden kann. Theoretisch ist das wenig überraschend. Seine Zentralität im institutionellen Gefüge des Landes in Verbindung mit seinen Verbindungen und Netzwerken in die Wirtschaftselite war bekannt. Er nutzte dies zu seinem Vorteil aus, um dem Transitionsprozess seinen eigenen Rhythmus aufzuzwingen. Vielmehr muss überraschen, wie sehr sich die säkulare Opposition in einen Konflikt mit der Muslimbruderschaft verbissen hat. Sie verlor darüber die notwendige Prioritätensetzung im Transitionsprozess aus den Augen und begab sich stattdessen in eine unheilvolle Koalition mit dem Militärrat, die die Konterrevolution im Sinne einer Rückgängigmachung erreichter Liberalisierungen erst ermöglichte. Die Fairmont-Vereinbarung, die das Potential barg, zu einer verhandelten Einigung zu kommen, wurde von ihr leichtfertig aufgegeben. Eitelkeiten, Kompromissunfähigkeit, ideologische Sturheit sowie Angst vor der Stärke der Muslimbruderschaft, die auch als Eingeständnis der eigenen Schwäche gedeutet werden kann, waren in dieser vielleicht entscheidenden Situation des Transitionsprozesses handlungsleitend für die säkulare Opposition.

31 Er starb im Juni 2019 während einer Gerichtsverhandlung an einem Herzinfarkt, nachdem er jahrelang keine angemessene medizinische Betreuung im Gefängnis erhalten hatte.

13.6 Zwischenfazit

Erdmanns These, wonach im Übergang befindliche neopatrimoniale Regime sich durch ein synchrones Nebeneinander von demokratischen und liberalen Repertoires und institutionellen Arrangements wie Wahldemokratie und Zulassung von Parteien sowie undemokratischen Repertoires wie Verfassungsdekreten und Militärgerichten für Zivilisten auszeichnen, lässt sich bestätigen (2002). Die Strukturbedingungen des bisherigen politischen Systems haben weiterhin eine große Rolle gespielt: Im Ringen mit dem Regime hat sich gezeigt, dass die Systemeigenschaften Personalismus (charismatische Herrschaft), Informalität, Patronage, Intra-Elitenkonkurrenz sowie die daraus resultierende Unsicherheit sich entscheidend, wiewohl in unterschiedlichem Ausmaß, sowohl auf die alten als auch auf die neuen Akteur*innen des Wandels auswirkten.

Die im neopatrimonialen System herrschende Elitenkonkurrenz führte außerdem dazu, dass das ägyptische Militär, das über eine große Autonomie im institutionellen Gefüge Ägyptens verfügt, den langjährigen Präsidenten Mubarak ohne große Gefahr für den Bestand des Gesamtsystems opfern und im Laufe der folgenden zwei Jahre seine Autonomie sogar noch erweitern konnte. Dies lag daran, dass zwischen dem Sturz Mubaraks und dem Putsch durch as-Sisi der Herrschaftszugang gleich blieb. Zwar gab es Präsidentschaftswahlen, jedoch hat die Analyse gezeigt, dass die Macht im institutionellen Gefüge Ägyptens nach wie vor beim Militär lag.

Zugleich eröffnete dieser intraelitäre Konflikt politische Opportunitäten für die Opposition im Land, die zunächst in einen Liberalisierungsprozess mündeten, der es ihr ermöglichte, sich in bisher ungekannter Weise frei zu organisieren und zu artikulieren. Die säkulare Opposition vermochte es aber nicht, nach der ersten Mobilisierungsphase in einen organisationalen Zustand einzutreten, der es ihr qualitativ ermöglicht hätte, in die Aushandlungen und Auseinandersetzungen zwischen Militär und Muslimbruderschaft wirkungsvoll und konfliktfähig zu intervenieren (Abul-Magd 2016).

Die Kriterien des SKOG-Ansatzes für oppositionelle konfliktfähige Gruppen, formale Institutionalisierung, ideologische Kohärenz, politische Legitimation sowie ein hohes Mobilisierungspotential wurden im Prinzip nur von der islamischen Opposition erfüllt. Der stark fragmentierten säkularen Opposition hingegen mangelte es an Ressourcen, Erfahrung und dem nötigen Personal. Sie konnte auf diese Weise nicht das notwendige Droh- oder Konfliktpotential über den Protest hinaus aufbringen, um *eine* regulative Idee für den Staat im Ringen mit und gegen die Muslimbruderschaft durchzusetzen oder auch nur ihre eigenen materiellen Ressourcen im gesellschaftlichen Verteilungskampf zu erweitern. Forderungen (*claim-making*), Framing und Repertoires blieben disparat und damit ohne große Wirkung.

So war das Verhältnis zwischen säkularen Parteien und der Muslimbruderschaft Schwankungen unterworfen: War es anfangs durchaus als konstruktiv, abwartend und offen zu bewerten, so positionierte sich das säkulare Lager nach dem Amtsantritt von Mohammed Mursi gegen die Muslimbruderschaft und ihr Machtstreben. Die Angst der säkularen Parteien vor der politischen und organisationalen Übermacht der Muslimbruderschaft führte dazu, dass sie sich in eine Feindwahrnehmung hineinsteigerten, der Muslimbruderschaft vorwarfen, die staatlichen Strukturen *islamisieren* zu wollen, um so die Demokratie wieder abzuschaffen. Das Feindbild Muslimbruderschaft, welches sich im Laufe des Transitionsprozesses im säkularen Lager herausbildete, führte zu einer quasi irrationalen Wahrnehmung des gesamten Prozesses und einer radikalen Polarisierung im Mouff'schen Sinne. Identitätspolitische Konstruktionen, Erklärungen politischer Ereignisse sowie Bündnisbildung orientierten sich an diesem Feindbild.

Das ägyptische Militär nutzte während des gesamten Transitionsprozesses seine privilegierte Stellung im polit-ökonomischen System Ägyptens geschickt aus, um Rhythmus und Reihenfolge des Übergangsprozesses so zu gestalten, dass die säkulare Opposition keinen wirklichen Zugriff auf wichtige Entscheidungen bekam. Sein informelles Bündnis mit der Muslimbruderschaft nutzte der SCAF zu seinen Gunsten, um die vorhandene Polarisierung zwischen beiden nicht-militärischen Blöcken zu verschärfen und seine Position im Herrschaftssystem auf diese Weise weiter zu konsolidieren. Spaltung und Kooptation der Opposition entsprechen als strategische Mittel theoretischen Erwartungen und sind aufgrund des höheren Ressourcenzugriffs durch die herrschenden Gruppen sehr wahrscheinlich. Allerdings war die Muslimbruderschaft kein Opfer der Machtspiele des SCAF, sondern ließ sich bewusst auf dieses Spiel ein, um die säkulare Opposition als Konkurrenten zu marginalisieren und die eigene Agenda voranzutreiben.

Daraus resultierten eine Reihe von Folgeproblemen, die letztlich zu einem Scheitern des Transitionsprozesses führten: In erster Linie sind die Konflikte um die Reihenfolge der Reformen zu nennen, die auch im innersäkularen Ringen aufgrund mangelnder postrevolutionärer Visionen hinsichtlich eines tragfähigen säkularen Staatsprojekts nicht unumstritten waren und die Konfliktfähigkeit der Opposition lähmten. Mit anderen Worten: die säkularen Parteien schafften es nicht, durchaus vorhandene ideologische Ansätze in politische Programme umzuwandeln. Eher rieben sie sich im Kampf gegen die Muslimbruderschaft und deren vermeintlich islamitische Vision für Ägypten auf. Doch anstatt dieser angeblichen Vision konstruktiv eine eigene entgegenzusetzen und die politische Auseinandersetzung entlang von Sachfragen zu führen, versteiften sie sich auf weltanschauliche Fragen.

Natürlich muss bei diesen Konflikten die Rolle der Muslimbruderschaft erwähnt werden: Sie nahm den Ball auf und diffamierte ihre politischen Gegner*innen mit identitätspolitisch aufgeladenen Anwürfen, um so ihre Legitimität als or-

ganisierte Interessenartikulation spezifischer gesellschaftlicher Schichten zu mindern und sie so im Kampf um die Deutungshoheit der Ereignisse und die Durchsetzung institutioneller Reformen handlungsunfähig zu machen. Die Konflikte darüber, ob zuerst Parlamentswahlen stattfinden und dann die neue Verfassung ausgearbeitet werden sollte, steht exemplarisch für das Dilemma, in dem die säkulare Opposition immer wieder steckte: Gefangen zwischen dem Erfordernis, die eigene Organisation aufzubauen und auf den Reformprozess angemessen reagieren zu können, überforderte dies ihre Kapazitäten.

Die erneute breite Mobilisierung ab 2013 kann in diesem Kontext als strategisch geplante Flucht nach vorne gelesen werden, um den Mangel an organisationaler Struktur durch Graswurzelarbeit auszugleichen und die aus der Polarisierung mit der Muslimbruderschaft resultierende Blockade durch deren Absetzung aufzulösen. Denn auch die Blockbildung in Form der Nationalen Rettungsfront war von politischen Konflikten, Uneinigkeit, Elitenkonkurrenz sowie unklarer strategischer Ausrichtung gezeichnet. Die Hinwendung zu außerinstitutionellen Mitteln durch Teile der Opposition und die Anrufung des Militärs in einem Transitionsprozess mag in den Augen vieler Beteiligten als legitim und Ultima Ratio gesehen worden sein. Theoretisch muss dies als konfliktiver, undemokratischer Modus des politischen Ringens gelesen werden, der schließlich in eine Disruption des Transitionsprozesses mündete. Anstatt das Militär zu entmachten, seine institutionell überragende Funktion im politischen System zu beschneiden oder dies zumindest als Ziel auszugeben, wurde es aufgewertet und – auch offiziell – an die Schalthebel der Macht zurückgebracht.

Die Konterrevolution machte die wenigen Errungenschaften der ägyptischen Revolution von 2011 zunichte, auch weil die politisch-ideologischen Konfliktlinien (*cleavages*) mit zunehmender Polarisierung sich in einer Art selbsterfüllender Prophezeiung von materiell-objektiven Interessengegensätzen zu ideologisch-subjektiven Fragen der Weltanschauung verschoben und die totale Ablehnung des politischen Gegners bedeuteten. Eine Überführung des Demokratisierungsprozesses in eine agonale Arena der Anerkennung, in welcher die verschiedenen politischen Interessen gleichermaßen legitim sind, war bei der stark ausgeprägten Polarisierung nicht mehr realistisch.

Der *defekte Transitionsprozess* findet hier nochmals seine Bestätigung: Für eine Demokratisierung maßgebliche Parameter wie lagerübergreifende Koalitionsbildung, gegen die herrschende Regimekoalition gerichtete, starke Konfliktfähigkeit, die Herausbildung einer (dünnen) Ideologie in Verbindung mit einer konstruktiven politischen Vision/Programmatik, die mehr ist als eine negativ-identitäre Bezugnahme auf die Muslimbruderschaft, wurden nicht erfüllt. Zwar gilt nach wie vor die Ausgangsprämisse, wonach Transitionsverläufe nicht linear sind und auch Rückschläge sowohl theoretisch möglich als auch empirisch nachweisbar sind. Jedoch dominierten die akteur*innenspezifischen Defizite, die zunehmende welt-

anschauliche Polarisierung sowie die strukturellen Widerstände *so sehr*, dass es als legitim erscheint, den ägyptischen Transitionsprozess *in seinem Verlauf* als defekt zu bezeichnen.

Der Putsch und die folgende Zerstörung der organisationalen Struktur der Muslimbruderschaft einschließlich der Verhaftungen ihrer Führungspersonlichkeiten sind in diesem Sinne die – ob beabsichtigt oder nicht – logische und erwartbare Konsequenz der konterrevolutionären Mobilisierungen von Tamarrud. Dass die meisten anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Laufe der Jahre 2011 bis 2013 gebildet haben, nach dem Coup auch verboten wurden, ist Teil der bitteren Ironie dieses defekten Verlaufs und ein letzter Beweis für die kolossalen strategischen und taktischen Fehleinschätzungen der säkularen sozialen Bewegungen und Parteien in Ägypten.

